

VORAN

Inhalt

Nach der Umwelt-Konferenz Seiten 6/7
Sterilisationswelle im Osten Seite 3
Staatlicher Terror in Südafrika Seite 9

Zeitung der Marxisten in SPD, Jusos und Gewerkschaften

Nr. 143 – Juli-August 1992

1,- DM – Solidaritätspreis; 2,- DM

Kohls Angriffe zurückzuschlagen!

Die Meinungsumfragen zeigen, daß die Regierenden sich bald ein neues Volk suchen müssen. Die Mehrheit für die Regierungskoalition ist weg, im ZDF-Politbarometer vom Juni sackte die Regierung auf den tiefsten Wert seit Einführung der Umfrage vor 15 Jahren ab. Aber bevor sich die Regierung auf die Suche nach einem neuen Volk macht, sollten wir lieber dafür sorgen, daß diese Regierung gestürzt wird.

Der Streik der Beschäftigten im öffentlichen Dienst hat der Kohl-Regierung einen schweren Schlag versetzt, der allerdings von der übergroßen Kompromißbereitschaft der ÖTV-Führung abgemildert wurde. Jetzt will die Regierung zurückholen, was ihr die Gewerkschaften abgetrotzt haben:

► Anfang Juli startete die Regierung ihren Angriff auf die von der IG Metall 1957 erkämpfte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Ein Karenztage soll eingeführt werden, als Ausgleich für

den Unternehmeranteil an der Pflegeversicherung.

► Anfang Juni wurde ein Abkassierungspaket für das Gesundheitswesen vorgestellt: 10-prozentige Selbstbeteiligung bei Medikamenten, Zuzahlung von 11 DM pro Krankenhaustag. Die Krankenhäuser werden unter verstärktem Druck gesetzt, Sparmaßnahmen auf Kosten von Personal und Patienten durchzuführen.

► Bis 1993 sollen rund 12 Milliarden, bis 1995 80 Milliarden durch Sozialabbau eingespart werden.

► 8 Milliarden werden im nächsten Jahr bei den Zuschüssen für die Bundesanstalt für Arbeit eingespart, was vor allem zu Lasten von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Umschulungen gehen wird.

Schon ohne neue Steuer- und Abgabenerhöhungen werden die meisten Arbeitnehmer in diesem wie schon im letzten Jahr wieder real weniger in der Tasche haben als im Vorjahr, da die Inflation mindestens fünf Prozent betra-

gen wird.

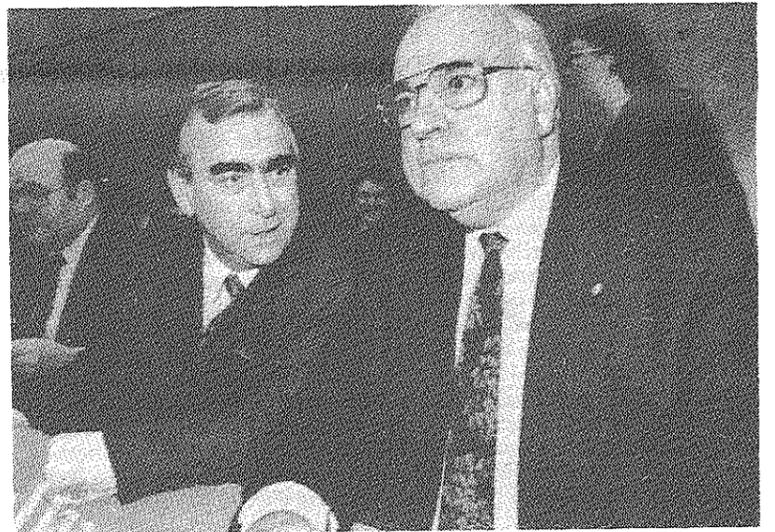
Für einen „heißen Herbst“!

Höchste Zeit für eine andere Politik. Die Regierungskoalition wankt und es wäre für SPD und Gewerkschaften leicht möglich, Kohl zu stürzen. Die Arbeitnehmer haben bereits gezeigt, daß sie bereit und fähig zum zurückschlagen sind, zuletzt bei den Protesten gegen die Einführung des Karenztags.

► SPD und Gewerkschaften müssen gemeinsam einen „heißen Herbst“ für den Sturz dieser Regierung vorbereiten.

► Die SPD muß die Großen Koalitionen in Berlin und Baden-Württemberg verlassen und der Regierung jede Zusammenarbeit aufkündigen.

► SPD-regierte Länder und Kommunen müßten sich der von Bonn diktierten Sparpolitik verweigern und stattdessen gemeinsam gegen die Kohl-Regierung mobilisieren.
Fortsetzung auf Seite 2



Weg mit dem Bonner Gruselkabinett!

Jugend gegen Rassismus in Europa

„Wir marschieren durch das Herz der Europäischen Gemeinschaft – als Warnung an die Rassisten, einschließlich derer, die in den europäischen Regierungen oder in den Konferenzräumen der Großkonzerne sitzen. Junge ArbeiterInnen, StudentInnen und SchülerInnen haben genug. In ganz Europa organisieren wir uns und beginnen zurückzuschlagen!“

Mit diesen Worten wurde die Gründung der Kampagne „Jugend gegen Rassismus in Europa“ (JRE) in der ersten Ausgabe des JRE-Bulletins angekündigt.

In ganz Europa nimmt rassistische Gewalt gegen Zuwanderer zu. Militante Neo-Nazi-Gruppen bekommen Zulauf. Gleichzeitig feiert der sich demokratisch gebende Teil des Rechtsextremismus Wahlerfolge.

Die rechtsextremen Parteien spie-

len mit den Ängsten und Unsicherheiten der Europäer. Wachsende Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Wohnungsnot werden genutzt, um Stimmung gegen Zuwanderer zu machen.

Kein Fußbreit den neuen Nazis!

Die Faschisten müssen gestoppt werden, egal wo sie versuchen, Fuß zu fassen. Hitler selbst sagte, daß er keine Chance zur Erlangung der Macht gehabt hätte, wenn seine Feinde – die Arbeiterparteien und die Gewerkschaftsbewegung – die Gefahr eher erkannt und seine Nazi-Partei am Anfang zerschlagen hätten.

Die Gruppen, die sich JRE angeschlossen haben, waren bereits bei der direkten Mobilisierung gegen Faschisten aktiv. So hat die belgische *Blokksters*-Organisation tausende von Jugendlichen gegen den „Flämischen Block“ mobilisiert. In Deutschland

waren marxistische Unterbezirke bzw. Kreisverbände der Jungsozialisten aktiv gegen DVU und Reps – wie zuletzt in Stuttgart. Die schwedische Schülerorganisation *Eleokampagnen* hat zusammen mit Ausländerorganisationen in Stockholm 7.000 auf die Beine gebracht und eine faschistische Demonstration verhindert.

Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Wohnungsnot

Die bürgerlichen Parteien bereiten mit ihrer unsozialen Politik den Faschisten den Boden und betreiben selbst regelrechte rassistische Kampagnen – wie zum Beispiel letztes Jahr die CDU mit ihrem Anheizen der Asyldiskussion. Allerdings setzen die Führer der sozialdemokratischen Parteien und der Gewerkschaften dem nichts entgegen. In vielen Fällen haben sozialdemokratische Politiker so-

gar diskriminierende Maßnahmen gegen Zuwanderer und Flüchtlinge unterstützt.

JRE will innerhalb der Arbeiterorganisationen Druck für einen Kurswechsel machen, dafür daß sie entschlossen gegen die Faschisten mobilisieren und die sozialen und demokratischen Rechte aller Arbeiter, egal welcher Nationalität und Hautfarbe, konsequent verteidigen.

JRE steht für den gemeinsamen Kampf von Arbeitern und Jugendlichen gegen die Ursachen von Arbeitslosigkeit, Armut und Wohnungsnot.

Die Ursache für die sozialen Probleme in Europa (50 Millionen leben unter der Armutsgrenze) und für die Flucht aus Osteuropa und der sogenannten dritten Welt ist die weltweite Krise des Kapitalismus.

Darum kämpft JRE gegen die „Europäische Union“ der von den Großkonzernen beherrschten EG, die die Rechte von Arbeitern, Frauen, Zuwan-

derern und Jugendlichen angreift – für ein demokratisches und sozialistisches Europa, wo die sozialen Mißstände beseitigt werden, die dem Rassismus den Boden bereiten.

Als Antwort auf die Stärkung der extremen Rechten in ganz Europa organisiert Jugend gegen Rassismus in Europa die erste europaweite Gegendemonstration. Die Demonstration wird bereits von einer Reihe von antifaschistischen Organisationen und Einzelpersonen unterstützt.

Kommt am 24. Oktober mit nach Brüssel und beteiligt Euch an der Kampagne zur Mobilisierung. Nähere Informationen könnt Ihr über die Redaktion bekommen (VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 02 21 / 13 45 04, Telefax 02 21 / 13 72 80)

Weitere Berichte auf Seite 4

Internationale Demonstration am 24. Oktober 1992 in Brüssel

Unser Standpunkt:

Nein zur Europäischen Union!

Der Euro-Gipfel von Maastricht im Dezember 1992 hat die Schaffung der europäischen Währungsunion bis 1999 beschlossen.

Seit der Vereinigung der DDR ist bekannt, was eine Währungsunion zwischen Staaten, die wirtschaftlich unterschiedlich entwickelt sind, bedeutet. Die in den Verträgen gesetzten wirtschaftlichen Bedingungen (Unter anderem Obergrenzen für Staatsverschuldung und Inflation) werden bisher nur von Frankreich, Dänemark und Luxemburg erfüllt.

Die EG hat es seit ihrer Gründung 1957 nicht geschafft, das wirtschaftliche Gefälle zwischen Nord- und Süditalien zu beseitigen. Wie könnte sie dann die Kluft zwischen Portugal, Griechenland und der BRD bis 1999 auch nur einigermaßen vermindern? Der Vorschlag, den EG-Haushalt um 30 Prozent aufzustocken, um die Strukturhilfe für die ärmeren Staaten der EG zu erhöhen, wurde von den reicheren Ländern, insbesondere der BRD abgelehnt.

Maastrichter Beschlüsse unumkehrbar?

Auf kapitalistischer Grundlage ist die Angleichung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Lebensverhältnisse in Europa unmöglich. Ein einheitlicher Markt mit einer Währung in ganz Europa ist ausgeschlossen. Auch in der Vergangenheit wurde eine einheitliche Währung geplant, zuerst für 1972, dann für 1980 und jetzt auf 1999 verschoben. In Aufschwungszeiten bekam diese Idee immer wieder neue Nahrung und eine gewisse Integration findet auch statt. In der Krise verschärft sich die Konkurrenz zwischen den einzelnen Nationalstaaten und die Europäische Union tritt wieder in den Hintergrund. Die Maastrichter Verträge sind Ausdruck der nach dem Zusammenbruch des Stalinismus verschärften Konkurrenz zwischen den Wirtschaftsböcken EG, USA und Japan. Der lange Aufschwung der 80er Jahre hat die wirtschaftliche Grundlage für die Hoffnungen in die Europäische Union geschaffen. Aber schon bei ihrer Unterzeichnung waren die Verträge unter den Mitgliedsstaaten umstritten, weil die meisten von ihnen sich bereits in einer Wirtschaftskrise befinden.

Gegen die EG der Konzerne

Die dänische Bevölkerung hat sich mehrheitlich gegen Maastricht ausgesprochen - aus Angst vor Sozialabbau und davor, vom deutschen Imperialismus überrollt zu werden. Die dänische konservative Regierung hat ihre massiven Kürzungen im Gesundheitswesen, Schulbereich und andere Angriffe mit der Vorbereitung auf den EG-Binnenmarkt begründet. Besonders die Frauen, die am stärksten betroffen sind und darüber hinaus um die relativ gute Versorgung mit Kinderkrippen und -gärten fürchten müssen, haben mit 57 Prozent gegen Maastricht gestimmt.

Die EG ist ein Bündnis zur Durchsetzung der Interessen des Kapitals gegen die Arbeiterklasse. Sie ist für die Unternehmer ein gutes Instrument, um die europäischen Arbeiter gegeneinander auszuspielen und ihren Lebensstandard zu beschneiden. Die Mehrwertsteuer wird in Deutschland mit dem Argument erhöht, die Sätze in der EG angleichen zu müssen. Alle Flexibilisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen wurden und werden mit der Europäischen Union begründet. Am 28. Mai 1992 führten die Arbeiter in Spanien einen halbtägigen Generalstreik durch. Er richtete sich gegen radikale Kürzungen, die die „sozialistische“ Regierung im Namen des gemeinsamen Marktes durchführt.

Das dänische „Nein“ drückt eine weit verbreitete Abneigung der Arbeiter in ganz Europa gegen die kapitalistische „Europäische Vereinigung“ aus. Auch das „Ja“ der Iren ändert daran nichts. Irland ist das Armenhaus Europas mit hoher Arbeitslosigkeit. Konservative und Sozialdemokraten haben in Erpressermanier gedroht, ein „Nein“ zu Maastricht würde bedeuten, daß es in Zukunft keine Arbeitsplätze und keine Schulen mehr gäbe. Ein anderer Faktor, der die Abstimmung beeinflusst hat, war die scharfe Debatte um die Abtreibung. Die Kirchen und andere reaktionäre Kreise haben nach dem Motto „Kommt die europäische Union, dann kommt die Abtreibung“ den Teufel an die Wand gemalt. Damit trieben sie Wähler, die für das Recht auf Abtreibung sind, zu einem „Ja“ für Maastricht. Trotz dieser Umstände blieb die Skepsis unter irischen Arbeitern gegenüber Europa groß: in den Arbeitervierteln Dublins gab es mit 43 Prozent die meisten „Nein“-Stimmen.

In Deutschland sind laut Umfragen 73 Prozent für ein Referendum. Voran unterstützt diese Forderung und fordert SPD und Gewerkschaften auf, eine Kampagne gegen die Maastrichter Verträge zu starten.

Für die vereinigten sozialistischen Staaten von Europa

Viele Linke, vor allem Jugendliche und Aktivisten in der Arbeiterbewegung, haben zu Recht Angst vor dem deutschen Imperialismus, der in diesem Jahrhundert zwei Weltkriege angezettelt hat. Sie sehen in der „europäischen Idee“ eine Art Internationalismus, eine Möglichkeit der deutschen Bourgeoisie Einhalt zu gebieten und ihre Aggressivität einzudämmen. Richtig ist aber, daß die Maastrichter Verträge dem deutschen Kapital die Kontrolle über die EG und die Ausbeutung der europäischen Arbeiter sichern. Die Vormachtstellung in der EG erleichtert es ihr, in Konkurrenz mit Japan und den USA weltweit noch aggressiver aufzutreten. Eine Ablehnung der Maastrichter Verträge allein reicht aber nicht aus. Voran kämpft für ein Europa der Arbeiterklasse, ein Europa, in dem die Ressourcen und die Fähigkeiten der 320 Millionen Menschen zum Nutzen aller und nicht für den maximalen Profit einiger weniger eingesetzt werden.

Fortsetzung von Seite 1

Kohls Angriffe zurückschlagen

Für eine solche Offensive braucht die SPD eine politische Alternative zu CDU und FDP. SPD-Chef Engholm hatte in einem Fernsehinterview eine „Politik von Schweiß und Tränen“ für unvermeidbar erklärt - die können wir auch von der CDU haben.

Wir verlangen von einer SPD-Regierung nicht „Schweiß und Tränen“ für uns, sondern eine Politik, bei der die Kapitalisten Blut und Wasser schwitzen. Sie sitzen auf einem Rekordguthaben an flüssigen Geldern: Ende 1991 laut Bundesbankbericht 670 Milliarden DM. Sie haben kaum in Ostdeutschland investiert (1991 nur 13 Milliarden), während 140 Milliarden staatlicher Lei-

stungen von uns durch Steuererhöhungen und die „Solidaritätsabgabe“, die die SPD-Führung sogar noch verlängern wollte, finanziert wurden.

Die Unternehmer sollen zum Beispiel voll für die Kosten der Pflegeversicherung zahlen, schließlich sind die meisten Pflegefälle die Spätfolge eines langen harten Arbeitslebens, in dem für den Profit des Unternehmers gearbeitet wurde.

Sozialistisches Programm

Die SPD braucht ein sozialistisches Programm, denn eine wirkliche Lösung von Problemen wie Arbeitslosig-

keit, Wohnungsnot und Umweltzerstörung ist im Kapitalismus nicht zu erreichen. Die Idee der „sozialen Marktwirtschaft“ ist genauso zum Scheitern verurteilt, wie die bürokratisch beherrschten Planwirtschaften im ehemaligen Ostblock.

Nur mit einer gesamtgesellschaftlichen demokratischen Planung, die sich nicht nach Profitinteressen richtet, sondern nach den Bedürfnissen der Menschen, können die Probleme gelöst werden. Dazu müssen die Großkonzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle von Beschäftigten und Gewerkschaften überführt werden.

Eine konsequente Politik für Arbeitnehmer ist unvereinbar damit, daß sich ein Oskar Lafontaine zum Anwalt der angeblich noch unterbezahlten Politiker macht:

➤ Gegen materiell abgehobene Bürokraten in SPD und Gewerkschaften, für einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn für alle Funktionäre.

Ein radikaler Kurswechsel in der Politik von SPD und Gewerkschaften muß von unten durchgesetzt werden.

Kämpft mit VORAN für die sozialistische Erneuerung und den Aufbau einer neuen, konsequenten Führung dieser Organisationen.

Ulf Petersen, Köln
Jungsozialist



Realexistierender Kapitalismus in Deutschland:

Millionen von Arbeitsplätzen gefährdet!

In den letzten Monaten geistern immer wieder Zahlen verschiedener Konzerne über den bei ihnen anstehenden Arbeitsplatzabbau durch die Medien. Genannt wurden vorwiegend Firmen der Automobilbranche, wie Mercedes-Benz, Opel oder Volkswagen. Die genannten Größenordnungen sind jedoch lediglich die Spitze des Eisbergs.

Für die westdeutsche Industrie steht in den nächsten Jahren eine gigantische Rationalisierungswelle bevor, die massive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben wird. Betroffen sind vor allem die großen Konzerne und Betriebe mit mindestens 200 Beschäftigten. Zu dieser Schlussfolgerung kommen renommierte Unternehmensberater in einem Artikel der Zeitschrift „Capital“ vom Mai 1992. Nach Untersuchungen der verschiedenen Wirtschaftsbranchen sind da von Millionen Arbeitsplätze, vor allem im Angestelltenbereich, betroffen.

Die Konjunktur in Deutschland kühlt deutlich ab, weltweit sind viele Industrieländer in Rezession oder Stagnation. Die Unternehmensberater und Wirtschaftsforscher meinen jedoch, daß selbst im Falle eines Aufschwungs keine neuen Arbeitsplätze geschaffen, sondern Arbeitsplätze wegrationalisiert werden.

Für die verbleibenden Arbeiter und Angestellten bedeutet das noch mehr Hektik und Stress. Der härter werdende Konkurrenzkampf zwischen den Konzernen der einzelnen Wirtschaftsböcke EG, Südostasien und Nordamerika wird auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen.

Propagandistische Vorbereitung

Während selbst der Bundesverband der Deutschen Industrie die Qualität

zu Recht als „immer noch gut“ bezeichnet (siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.4.92), sollen die Stimmen aus Unternehmerkreisen, die Gegenteiliges behaupten, die Öffentlichkeit auf die Massenentlassungen vorbereiten. Betriebsräte und Gewerkschaften werden damit darauf eingestimmt, daß sie bald vor die Wahl gestellt werden: Entlassungen, oder das Unternehmen wandert ab ins Ausland. Bei dieser Argumentation der Unternehmer handelt es sich jedoch fast immer um einen Bluff. Zum einen ist niemand in den Billig-Lohn-Ländern so produktiv wie die deutschen Arbeiter (bei der Lohn pro Stück-Quote liegt Deutschland weltweit auf dem zweiten Platz hinter Japan), zum anderen ist allein wegen dem deutschen Binnenmarkt und der Infrastruktur eine Verlegung des Standorts für die meisten Unternehmen gar nicht sinnvoll.

Keine weiche Landung

Anders als in den vergangenen Jahren werden die Verlagerung des Arbeitsplatzabbaus ins Ausland oder ein Ausgleich des Arbeitsplatzabbaus im industriellen Sektor durch den Dienstleistungsbe reich keine „weiche Landung“ bieten. In der Fachsprache der Unternehmensberater sind die deutschen Unternehmen „verfettet“. Die Tabelle gibt einen kurzen Überblick über den in den einzelnen Branchen zu erwartenden Personalabbau. Die Zahlen sind ebenfalls der Mai-Ausgabe der Zeitschrift „Capital“ entnommen.

Dies sind die offiziellen Angaben der einzelnen Konzerne. Der wirkliche Personalabbau wird wahrscheinlich, so die Einschätzung der Unternehmensbera-

ter, noch höher ausfallen. Als Vorbild wird von ihnen eine Schockbehandlung wie beim US-Autoriesen General Motors empfohlen, der radikal über 20 Werke schließt und fast 80.000 Stellen kappt.

Selbst ohne zukünftige Rationalisierungsmaßnahmen nähert sich die Arbeitslosigkeit derzeit der 6-Millionengrenze. Vor allem in Ostdeutschland, wo es auf dem sogenannten Arbeitsmarkt ohnehin düster aussieht, werden weiterhin weniger neue Arbeitsplätze geschaffen, als alte täglich wegfallen. Dazu kommen Prognosen wie zum Beispiel von Wolfgang Titze, Geschäftsführer der zweitgrößten deutschen Unternehmensberatung: „In den deutschen Unternehmen stehen demnächst insgesamt zwei bis drei Millionen Arbeitsplätze auf dem Spiel, wenn es darum geht, im Wettbewerb mit den Japanern die Abläufe in den Firmen schneller und effizienter zu gestalten.“ Von einem „Aufschwung-Ost“, an dem auch die Arbeiter teilhaben werden, ist schon gar nicht mehr die Rede.

Die Gewerkschaftsführungen dür-

Branche	Beschäftigte (BRD-West) Ende 1991	Personalabbau geplant laut Beratern
Stahl	166.100	40.000
Maschinenbau	1.064.000	150.000
Automobil	772.000	100.000
Chemie	594.000	50.000
Elektro	1.072.000	120.000
Gesamt	3.668.100	460.000

fen sich nicht der Erpressung der Unternehmer beugen und zulassen, daß Arbeiter in verschiedenen Unternehmen bzw. verschiedenen Ländern gegeneinander ausgespielt werden, in der Rationalisierung auf Kosten der Arbeiter akzeptiert wird. Sie müssen für den Erhalt jedes einzelnen Arbeitsplatzes kämpfen.

Dirk Bosmann, Hanau
Jungsozialist

VORAN zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften. Erscheint seit 1973.
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortliche Redakteurin: Angela Bankert.
Redaktionsanschrift:
VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Tel. 02 21/13 45 04, Fax 02 21/13 72 80.
Druck:
Blitz-Druck GmbH, Im Hesselbruch 16, 4300 Essen 11.
Bankverbindung:
Postgiroamt Essen, BLZ 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430.

Frauen aus der ex-DDR in Not

Sterilisationswelle aus Zukunftsangst

Nackte Existenzangst macht sich unter Ostdeutschlands Frauen breit. Anders ist der enorme Anstieg der Sterilisationen in den fünf neuen Bundesländern seit der „Wende“ nicht zu erklären. Das Phänomen ist gleichwohl ostdeutschen Frauenärztinnen und Gleichstellungsbeauftragten seit längerem bekannt.

In den Westmedien wird das Thema aber kaum behandelt. Erst die ARD-„Monitor“-Sendung vom 29. Juni offenbarte die Dimensionen des Skandals: 100 Frauen werden jeden Tag in ostdeutschen Kliniken sterilisiert, Frauen stehen monatelang für einen Termin Schlange. Wenn es so weitergeht, rechnete ein Gynäkologe vor, werden 30.000 Frauen bis Jahresende sterilisiert sein. Bei der Geburtenrate ist es genau umgekehrt — sie ist seit der Wiedervereinigung um 46 % zurückgegangen.

Daß einige Arbeitgeber die Not dieser Frauen dann schamlos ausnutzen und von Bewerberinnen eine Sterilisationsbestätigung verlangen, ist zwar der Gipfel der Erniedrigung für sie, paßt aber durchaus zum frühkapitalistischen Geschäftsgebärden mancher Unternehmer. So ist der Magdeburger Frauenbeauftragte der Fall einer Elektronikerin bekannt, der bei der Bewerbung um eine Stelle gesagt wurde, sie solle „ihren Mann schicken“. Daraufhin hat sie sich sterilisieren lassen und wollte sich mit der Bescheinigung noch einmal vorstellen.

Es sind nicht nur ältere Mütter mit mehreren Kindern, die sich sterilisieren lassen, sondern durchaus Frauen unter 30, auch kinderlose, junge Frauen. Sie sehen keinen Ausweg mehr, als ihre Gebärfähigkeit gegen einen Job einzutauschen. Seit der Wende ist zwar die Abtreibungsrate gesunken, doch spricht einiges dafür, daß diese Frauen stattdessen die endgültige „Lösung“ gewählt haben. Nach einer Abtreibung

gibt es immerhin noch die Chance, zu einem späteren Zeitpunkt ein Kind zu bekommen, nach einer Sterilisation gibt es gewöhnlich keine Kinder mehr. Für viele Frauen (und Männer) gehört der Kinderwunsch ganz oben auf der Liste ihrer persönlichen Lebensziele. Nur Frauen oder Männer, die ungewollt kinderlos geblieben sind, wissen,

steigen noch stärker an, staatliche Kindertagesstätten werden geschlossen und wo es noch Plätze gibt, sind sie viel teurer geworden. 20,4 % aller ostdeutschen Familien sind alleinerziehend, was die Frauen wiederum besonders hart trifft. Fast alle davon leben von der Sozialhilfe oder Arbeitslosenunterstützung. Da ist der soziale Abstieg vorpro-

zu bekommen. In der früheren DDR waren Verhütungsmittel kostenlos, heute nicht mehr. Ursprünglich sah der Gruppenantrag der SPD/FDP zum Abtreibungsgesetz vor, Pille und Spirale allen Frauen kostenlos zur Verfügung zu stellen. Das haben die PolitikerInnen unter „flankierenden sozialen Maßnahmen“ für Frauen im Zusammenhang mit dem Abtreibungsrecht verstanden.

Nicht so Herr Waigel. Er war nur bereit, die Kosten dieser Verhütungsmittel für Frauen bis 21 Jahren zu übernehmen. Der aller kleinste Teil ungewollter Schwangerschaften geht aber auf das Konto junger kinderloser Mädchen. Den weitaus größeren Anteil tragen verheiratete (also ältere) Frauen, oft haben sie schon Kinder. Ihnen wird also die konkrete Hilfe verweigert.

Genauso verhält es sich mit dem Problem Kinderbetreuung. Wegen der schwierigen Kassenlage des Bundes und der Länderhaushalte wird es vor 1996 kein gesetzlich einklagbares Recht auf einen Kindergartenplatz geben. Es kostet zuviel, nämlich 53 Mrd. DM für ganz Deutschland.

Diese Tatsachen zusammengenommen belegen den starken materiellen Druck, unter dem vor allem Frauen angesichts der wirtschaftlichen Rezession leiden. Daß dreiste Unternehmer ihre Ängste ausnutzen, um noch mehr Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen auszuüben, ist nicht besonders überraschend — Frauen sind die Reser-

vearmee des Kapitals, wenn die Wirtschaft in der Krise ist.

Widerstand

Aber dem Druck der Unternehmer und ihrer Regierung muß Gegendruck gemacht werden, um ostdeutsche Frauen zu schützen und ihnen ihr Selbstbewußtsein wieder zu geben. Daß ostdeutsche Frauen bereit sind, sich zu wehren, zeigt das Beispiel von 8000 Leipzigerinnen, die gegen die Kürzungen im Kindertagesstättenbereich protestiert haben. 1100 Erzieherinnen-Stellen sollten gestrichen werden, mit dem dazugehörigen Verlust von Kindergartenplätzen. Auch gegen die Abtreibungsreform gab es Proteste ostdeutscher Frauen.

Aber punktueller Widerstand reicht nicht, um diese Regierung zum Umdenken zu zwingen. Nur die massive Gegenwehr, organisiert von den Gewerkschaften, schafft das - das hat der ötv-Streik gezeigt. Die Gewerkschaftsführungen im Westen müssen endlich einsehen, daß nur ein gemeinsamer Kampf aller ihrer Mitglieder im Osten und Westen die Arbeits- und Lebensbedingungen den Frauen eine Lebensperspektive geben kann, die ihre Würde gewährt und sie wirklich über so wichtige Dinge wie Kinder und Beruf frei entscheiden läßt. Die wichtigsten Forderungen müssen sein:

- Arbeit für alle
 - Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West, für Frauen und Männer
 - Mindesteinkommen von 1800 DM netto für alle
 - Volle, kostenlose Kinderbetreuung
 - Für volle Selbstbestimmung der Frauen; Weg mit der Zwangsberatung; Ersatzlose Streichung des 218 aus dem Strafgesetzbuch
 - Kostenlose Verhütungsmittel für alle
- Fiz Garvie, Köln
SPD-Mitglied



Dasselbe System und dieselbe Regierung, die den Frauen das Recht auf Abtreibung verweigern wollte, treibt sie zur Sterilisation.

welcher lebenslanger psychischer Schmerz die Folge sein kann.

Doch es ist kein Zufall, daß das Thema kaum öffentlich behandelt wird. Dasselbe System und dieselbe Regierung, die den Frauen das Recht auf Abtreibung verweigern wollte, treibt sie zur Sterilisation: 63 % aller erwerbsfähigen Frauen in Ostdeutschland sind mittlerweile arbeitslos, vor der Wende waren über 90 % berufstätig. Die Inflation beträgt dort ca. 14 %, die Mieten

grammiert. Kein Wunder, daß Frauen dann zu Verzweiflungstaten wie Sterilisation bereit sind.

Heuchelei um die Abtreibungsregelung

Gleichzeitig machen es die ach-so-christlichen, selbsternannten Lebensschützer in der Kohl-Regierung Frauen noch schwieriger, ihr Leben zu planen und Kinder zum gewollten Zeitpunkt

Diskussion um „Ostpartei“

ArbeiterInneneneinheit statt „Volksfront Ost“

Peter Michael Diestel, ex-Fraktionschef der CDU von Brandenburg, hat mit seinem Vorschlag, eine ostdeutsche Sammlungsbewegung quer durch alle Parteien zu schaffen, viel Staub aufgewirbelt. Neben scharfen Angriffen vom Rechtsaußen-Flügel der CDU gibt es auch einige Sympathisanten von links, besonders von der PDS.

Bis jetzt sieht es eher so aus, daß die Sache kläglich scheitert. Aber Diestel greift mit seinem Vorhaben eine Stimmung auf, die unter der ostdeutschen Bevölkerung weit verbreitet ist — das Gefühl, als Mensch zweiter Klasse behandelt zu werden.

In diesem Sinn kann man also sagen, daß gerade diejenigen, die am meisten gegen Diestel hetzen, erst die Voraussetzung für seine „Sammlungsbewegung Ost“ geschaffen haben. Die Unternehmer und die ihnen hörige Kohlregierung gestalten die „deutsche Einheit“ in Kolonialherrenmanier. Billiglohnarbeit und Kauf von Westwaren — für mehr finden die vor ein paar Jahren noch heißgeliebten „Brüder und Schwestern“ keine Verwendung.

Diestel — für wen steht er?

Um die Frage beantworten zu können, wem die „Sammlungsbewegung Ost“ dient und wem sie schadet, muß mensch sich noch einmal mit der Geschichte der DDR-Vereinnahme befassen.

Die Ost-CDU, die bis in den Herbst 1989 treue Dienerin der SED war, befand sich nach dem Sturz ihrer Herrin

in einer unglücklichen Lage. So manche Funktionäre der Blockpartei bangten schon um ihre hart erarbeiteten Privilegien. Doch zu ihrem Glück fanden sie nach einigem Hin und Her in der West-CDU einen neuen Schutzpatron. Als die Blockflöten jedoch ihren Auftrag erfüllt hatten — den Ausverkauf der DDR zum Schleuderpreis — waren sie auf einmal nicht mehr so gern gesehen. So fiel gar mancher (de Maizière, Duchac...) der „Erneuerung“ zum Opfer. Schließlich schaden sie dem Image einer sauberen Partei und eignen sich vorzüglich als Sündenböcke.

Wir sehen also, daß Diestel nicht nur die berechnete Wut der ostdeutschen ArbeiterInnen aufgreift, sondern sich auch auf manchen frustrierten Altkader der Ost-CDU stützen kann. Diestel war übrigens eine Zeitlang führender Politiker der Ost-Partei DSU. Die zeichnete sich vor allem darin aus, daß sie noch hemmungsloser als die CDU den Anschluss an die BRD propagierte. Damals hatten sehr viele ostdeutsche ArbeiterInnen Illusionen in die Kohlregierung. Jetzt, nachdem sie aufgrund harter Erfahrungen desillusioniert sind, will derselbe Diestel eine Sammlungsbewegung Ost aufbauen!

Die Rolle der PDS-Führung

Die PDS-Führung ist hell begeistert von Diestels Projekt. Auszüge aus dem Neuen Deutschland offenbaren den wirklichen Charakter dieser Partei: „PDS-Vizechef Brie unterstrich in einem Rundfunkinterview, die PDS wolle sich an Diestels parteiübergreifender Bewegung beteiligen. Eine Zusammenarbeit mit CDU-Politikern sei zwar

„nicht unproblematisch“ doch angesichts der Problemlage Ostdeutschlands „dringend erforderlich“. So sieht also „konsequente Oppositionspolitik links von der SPD“ aus!

Auch in diesem Fall hat die PDS-Führung wieder einmal bewiesen, daß all jene ihr Unrecht tun, die behaupten, sie wolle den alten Stalinismus wiederhaben. Sie beansprucht für sich lediglich ein warmes Plätzchen im real existierenden Kapitalismus. Damit steht die Parteiführung im krassen Gegensatz zu vielen Mitgliedern, die nach einer wirklichen Alternative zu Stalinismus und Kapitalismus suchen.

Doch lassen wir wieder Brie zu Wort kommen: „Brie betonte, das Interessenbündnis sei keine Alternative zur PDS und warnte vor ‚ostdeutschem Separatismus‘. Wenn aber Deutschland zusammenwachsen sollte, müßten die Ostdeutschen ‚eigenständig und selbstbewußt ihre Interessen einbringen und durchkämpfen‘.“

Oh, wie viele Phrasen in so wenig Worten! Aber auch diese können den reaktionären Charakter der „ostdeutschen Sammlungsbewegung“ nicht verschleiern.

Die „Ostdeutschen“ gibt es nicht. Zwischen dem Demagogen Diestel und seinem Anhang samt PDS-Führung und der ostdeutschen ArbeiterInnenklasse existiert ein unversöhnlicher Widerspruch. Die Ersteren stellen einen Block von Leuten dar, die sich ihren Platz in den oberen Etagen des Kapitalismus erkämpfen bzw. erhalten wollen. Um sich der Unterstützung der ostdeutschen ArbeiterInnen zu verschern, mißbrauchen sie deren Abneigung gegen die „Wessi-Regierung“ in Bonn.



Schluß mit der Spaltung!

Genau wie es „die Ostdeutschen“ nicht gibt, haben auch „die Westdeutschen“ niemals existiert. Während sich die Unternehmer an der Vereinnahmung der DDR dumm und dämlich verdient haben, sollen die ArbeiterInnen „Solidarität mit den Ossis“ leisten. Die wirkliche Spaltungslinie liegt also nicht zwischen Wessis und Ossis, sondern zwischen den Unternehmern mit ihren Handlangern in der Politik und den ArbeiterInnen in Ost und West. Kohl und Diestel verbindet mehr als sie trennt.

Aber mögen die Spalter noch so gute Arbeit leisten, die ArbeiterInneneneinheit läßt sich auf Dauer nicht aufhalten! Die Tarifauseinandersetzungen in Berlin

haben das deutlich gemacht. Als sich Ost-Berliner ArbeiterInnen spontan dem Streik der West-Berliner ÖTVlerInnen anschlossen, zogen sie den Haß der Herrschenden auf sich. Aber auch die Gewerkschaftsführung war von dieser Art der Solidarität ganz und gar nicht begeistert. Wir Marxisten kämpfen sowohl gegen die Spaltungspolitik von „Besserwessis“ als auch gegen selbsternannte Anwälte der Ossis.

Von der SPD-Spitze fordert VORAN, daß sie mit der Anbiederung an die Kohlpolitik aufhört. Die Ost-SPD darf sich auf gar keinen Fall der „Volksfront Ost“ unter Diestel anschließen. Kämpft mit VORAN für einen Kurswechsel der SPD gegen jede Zusammenarbeit mit der CDU!

Matthias Narbei, Tiefenort (Thüringen), Jungsozialist

Baden-Württemberg Kampf gegen Reps und Große Koalition

Am 10. Juni wurde in Baden-Württemberg der neue Landtag eröffnet. Über diesem Ereignis hingen zwei Schatten: Die geplante große Koalition und der Einzug der sogenannten Republikaner ins Parlament.

Der Juso Kreisverband Stuttgart versuchte für die Kampagne gegen die Rep's ein möglichst breites Spektrum in der Arbeiterbewegung zu gewinnen. Im endgültigen Bündnis waren außer den Jusos dann auch u.a. die Falken, die Naturfreundejugend, die ÖTV-Jugend, der Stuttgarter Schülerrat und die Arbeiterwohlfahrt vertreten.

Es wurde ein Flugblatt erstellt, das allein am Tag vor der Demonstration vor 22 Schulen verteilt wurde. 1000 Plakate wurden flächendeckend geklebt.

Demonstration am Tag der Landtagseröffnung

Um 16 Uhr begannen die Vorbereitungen, die natürlich von strömendem Regen begleitet wurden, der glücklicherweise kurz vor Beginn der Demo zu einem Nieseln abflaute.

Trotz des schlechten Wetters konnte die Stuttgarter Zeitung 300 Anwesende zählen. Nach einer kurzen Anfangskundgebung begann der Demonstrationzug, sich in Bewegung zu setzen. Die Stimmung war leider gedämpft, doch wir erreichten unser erstes Ziel, den Landtag.

Dort stieg die Stimmung bei einer Zwischenkundgebung. Ralf Schumann, der für den Juso-Kreisvorstand sprach, sagte unter anderem folgendes: „Die Rüstungsbosse und Bonzen werden immer weiter versuchen, sich an Umweltzerstörung und Völkermord zu bereichern. Deshalb müssen alle Groß- und Rüstungskonzerne enteignet werden und unter die Kontrolle von Beleg-

schaften und Gewerkschaft gestellt werden.“

Dieser Satz fand die lautstarke Unterstützung der Teilnehmer. Auf dem weiteren Weg der Demo spaltete sich eine kleinere Gruppe von selbsternannten Autonomen ab, was die Mehrheit der Teilnehmer nicht hinderte, sich an der Abschlusskundgebung auf dem Schloßplatz zu beteiligen. Unter mehreren Rednern waren Vertreter der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und des Schülerrats.

Ein Redner machte auf die internationale Kampagne gegen Rassismus und Faschismus aufmerksam, die ihren Höhepunkt in der Demonstration am 24. Oktober in Brüssel haben soll.

Der interessanteste Beitrag kam von Richard Klug, einem Wiener Marxisten und SPÖ-Mitglied, der über die Erfahrungen des Wiener Antifa-Komitees sprach. Wie seine Vorredner wies er darauf hin, daß Rassismus ein internationales Problem ist, kein rein deutsches oder österreichisches.

Am Tag nach der Demo fand eine Veranstaltung der Jusos statt, wo Richard als Referent vor über 20 Teilnehmern seine Erfahrungen noch genauer darstellen konnte. Am Freitag den 12. Juni beschloß der Juso Kreisverband ein Programm zur Bekämpfung von Nationalismus, dessen einzelne Kapitel von den einzelnen AGen zuvor entwickelt wurden.

Wir Jusos haben also einiges gegen die Gefahr von Rechts getan, ganz im Gegensatz zur SPD.

Mit der CDU in den Untergang

Mit ihrem Wahlkampf hat die SPD die große Koalition praktisch vorgezogen. Unter dem Motto „Dieter Spöri – Von Wirtschaft versteht er mehr“ präsentierte sich der SPD-Fraktionschef als

der legitime Thronfolger des ehemaligen Ministerpräsidenten Lothar Späth (CDU). Durch dieses ganze Gehabe regte die SPD gerade Jugendliche nicht besonders an, ihr Kreuz bei ihr zu machen. Frustrierte Jugendliche hatten also nur noch zwei Möglichkeiten: Reps oder gar nicht zu wählen.

Nach der politischen Anbiederung schritt man dann auch gleich zur Tat. Im Regierungsprogramm der Großen Koalition sucht man die meisten und wichtigsten Punkte des sowieso schon unzureichenden SPD-Wahlprogramms vergeblich. Ob es um die Besoldung von Polizisten und Lehrern geht oder um die Sondermüllanlage in Kehl, überall setzt sich die SPD über die Interessen ihrer Wähler hinweg. Alle festgeschriebenen Reformmaßnahmen sind mit einem Finanzierungsvorbehalt versehen, was bedeutet, daß sie nicht festgeschrieben sind.

Es ist also kein Wunder, daß allein in den ersten vier Wochen nach der Wahl rund 100 Mitglieder die Partei verlassen haben. Polizisten und Studenten protestierten vor dem Sonderparteitag, wo die Koalitionspläne beschlossen wurden. Mehr als ein Drittel der Delegierten stimmten gegen die große Koalition.

SPD raus aus der Großen Koalition!

Um Arbeiter und Jugendliche nicht noch mehr zu enttäuschen und den Reps Zulauf zu verschaffen, muß die SPD die große Koalition sofort verlassen und eine konsequente Oppositionspolitik mit dem Ziel von Neuwahlen betreiben. Nur ein SPD-Wahlkampf mit sozialistischem Programm kann uns die Stimmen bringen, die die bürgerlichen Parteien nicht bekommen.

Goran Hastenteufel, Stuttgart
Jungeozialist

Jugend gegen Rassismus in Europa

Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) ist eine Kampagne, die auf Initiative von Mitgliedern der belgischen *Blokbusters* gegründet wurde. Die von JRE geplante europaweite Demonstration in Brüssel am 24. Oktober wird bisher von folgenden Organisationen, Parlamentariern und Einzelpersonen unterstützt (Stand vom 2. Juli):

Belgien: Blokbusters (Im Kampf gegen den rechtsextremen „Flämischen Block“ führende antifaschistische Organisation mit 50 Ortsgruppen); Jef Ulburghs, Ex-Europaparlamentarier und Senator für die Grünen in Brüssel;

Großbritannien: Youth Rights Campaign, Panther (Sozialistische Zeitung für schwarze und aus Asien stammende Zuwanderer), Searchlight (bekanntes antifaschistisches Magazin); Bernie Grant, Harry Cohen, Parlamentsabgeordnete der Labour Party; Alf Lomas, Mitglied des Europaparlaments; Paddy Hill von den „Birmingham Six“;

Frankreich: SOS Racisme;

Holland: Jongeren Tegen Racisme;

Nordirland: Youth Against Sectarianism; Brendan Ryan, David Morris, unabhängige Senatoren in Dublin und Roger Garland, Vorsitzender der Grünen Partei;

Schweden: Elevkampanjen;

Deutschland: Juso-Unterbezirke Aachen, Bremerhaven, Kassel, Stuttgart;

Österreich: Antifa-Komitee Wien;

Tschechoslowakei: Vratislav Votava, Martin Chudoba, Abgeordnete in der tschechischen Nationalversammlung; Petr Jindra, Vorsitzender des Jugendkomitees gegen Rassismus und Faschismus.



Das Plakat (A2, Preis 1,-) und das englischsprachige Bulletin Nr. 1 (Preis 2,- DM) von JRE können über die Redaktion gegen Vorkasse bestellt werden zuzüglich 1,- für Porto & Verpackung (kann in Briefmarken beigelegt werden). Für weiteres Kampagnenmaterial oder größere Stückzahl bitte in der Redaktion nachfragen.



Aachen

Besuch eines britischen Antifaschisten

Jon Hedden, ein bekannter Aktivist der britischen Antifa-Bewegung und Vorsitzender der *Medway Anti-Racist Campaign*, war auf Einladung des Juso-Unterbezirks Aachen in Deutschland.

Er sprach auf der Veranstaltung zur Kampagne „Jugend gegen Rassismus in Europa“ auf dem Juso-Pfingstcamp in Oberhausen.

Anschließend blieb er noch eine Woche in Aachen. Als Teil der Kampagne haben wir eine Veranstaltung in diese Woche gelegt. Knallrote Plakate wiesen in der ganzen Stadt darauf hin, auch wenn wir deshalb drei Anzeigen wegen Sachbeschädigung mühevoll verhin-

dern mußten. Ungefähr 25 Leute hatten sich im SPD-Parteibüro eingefunden, um von Jon etwas über die Situation in England und von der britischen Antifa-Arbeit zu erfahren. Darunter waren einige Vertreter der IG Metall-Jugend und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Wir nutzten die Gelegenheit, um über die Perspektiven für den Rassismus in Europa und über die internationale Demonstration am 24. Oktober 1992 in Brüssel zu diskutieren.

Doch damit nicht genug, Jon sollte natürlich voll ausgelastet werden! Und so hatten wir verschiedene Besuche in Schulen (Englisch-Kurse) und ein Treffen mit interessiertem Personal vom

Studentenwerk organisiert. Die Resonanz war unterschiedlich, doch einige erklärten sich spontan bereit, auch für die Demo mitzumobilisieren.

An den Abenden mußte Jon natürlich auch die Aachener Kneipenszene kennenlernen und sich dort bei manchem Bier den Diskussionen mit den Genossinnen stellen, die immer mehr wissen wollten. Ich glaube, er wird zu Hause erst mal ausgespannt haben! Der internationale Erfahrungsaustausch ist unersetzlich und auch Jon wird einiges über die Lage in Deutschland erfahren haben.

Mirjam Alberti, Aachen
Jungeozialist

Wunsiedel, 17. August

Nazi-Aufmarsch verhindern!

Am 17. August 1987 wurde in der fränkischen Kleinstadt Wunsiedel der Stellvertreter Hitlers und Kriegsverbrecher Rudolf Heß begraben. Seitdem pilgern jedes Jahr Neofaschisten aus ganz Deutschland und auch aus anderen europäischen Ländern am 17. August nach Wunsiedel. Dort marschieren sie unter dem Bild ihres vermeintlichen „Märtyrers für Deutschland“ in jährlich steigender Zahl durch das Städtchen.

Dieser sehr „traditionelle“ Aufmarsch der Nazis hat eine besondere Bedeutung: An diesem Tag ist die Zersplitterung im braunen Lager nahezu aufgehoben. Von „nationale Liste“ (Hamburg), „Nationale Offensive“ (Augsburg), „Nationalistische Front“, „Freiheitliche Arbeiterpartei (FAP)“ bis hin zu Deutscher Volksunion und REP-Mitgliedern treffen sich die Faschisten, um gemeinsam die neue Stärke der extremen Rechten zu demonstrieren.

In den letzten Jahren ging diese Rechnung nur teilweise auf: Zwar marschierten zwischen 1000 und 2000 Faschisten in Wunsiedel auf (letztes Jahr in Bayreuth, da die Polizei alle Kundgebungen in Wunsiedel untersagt hatte), doch antifaschistische Gegendemonstrationen störten den braunen Spuk. Dabei kam es wiederholt zu Übergriffen von Polizei und Nazis gegen die Antifaschisten.

Dies konnte aber auch nur deshalb weitgehend protestlos geschehen, weil der Großteil der antifaschistischen Gegendemonstration sich aus dem Lager der Autonomen zusammensetzte: Eine

breite Mobilisierung und die offensive Überzeugung der Bevölkerung blieb aus, die Gegendemonstrationen verließen ziemlich isoliert.

Dabei darf es nicht bleiben! Der Aufmarsch der Nazis am Grab von Rudolf Heß hat Bedeutung für sie – und damit auch für uns! Eine zentrale Pilgerstätte, ein Kristallisationspunkt der braunen Ratten, um ihre Ideen weiter hoffähig zu machen – das muß von uns verhindert werden!

Von Wunsiedel aus versuchen die Faschisten, die Straße zu erobern: Wir wollen ihnen keinen Fußbreit gewähren!

Sie wollen in Wunsiedel anhand der gemeinsamen Identifikation mit Rudolf Heß ihre Aufsplitterung überwinden: Unsere Antwort muß kompromißlos sein – Angriffe auf die von der Arbeiterbewegung erkämpften demokratischen Rechte nehmen wir nicht hin!

Alle Gewerkschafter, Linken und SPD-Mitglieder und Jungsozialisten sollten dazu beitragen, daß die Verhinderung des wahrscheinlich größten und wichtigsten Nazi-Aufmarsches in diesem Jahr nicht nur den – oft hilf- und perspektivlosen – Autonomen aufgetragen wird. Verbinden wir den Kampf gegen die Nazis mit einer sozialistischen Offensive! Halten wir dem dumpfen rassistischen Parolen unsere Ideen einer demokratischen, sozial gerechten und ökologischen sozialistischen Gesellschaft entgegen und versperren wir dem braunen Pack entschlossen die Straße!

Ein Lübecker
VORAN-Unterstützer

Kassel Kampf gegen Chemie-Altlasten

Den Jungsozialisten in Kassel-Stadt ist es gemeinsam mit Anwohnern und Beschäftigten gelungen, die Entnahme von Grundwasser-, Boden- und Luftproben auf einem altlastenverdächtigen Betriebsgelände im Ortsteil Kassel-Bettenhausen zu erzwingen. Das ist das Ergebnis eines einjährigen Kampfes gegen den Chemiekonzern ENKA und gegen sozialdemokratischen Behördenfilz.

Der Chemiekonzern ENKA (Hauptsitz Wuppertal/Teil der holländischen AKZO-Gruppe) hat nach über 30 Jahren Produktion 1984 in Kassel seine Tore dichtgemacht (Diolänwerk im Ortsteil Kassel Bettenhausen) und den Dreck von über 30 Jahren Produktion zurückgelassen.

Das ehemalige ENKA-Gelände wurde an eine britische Gruppe Namens Jobcreation (Eigentümer des dann so lautenden Unternehmensparkes Kassel) weiterverkauft. Sechs Jahre lang wurde nun ohne Beachtung durch Umweltbehörden auf dem Gelände in vom Unternehmenspark gepachteten Gebäuden gearbeitet. Ende 1990 wurden in einem Teil der Lehrwerkstatt des Fernmeldeamtes Kassel hohe Werte von Benzol und Toluol festgestellt.

Die Messungen waren erst auf Druck der Auszubildenden zustande gekommen, die über Kopfschmerzen und Übelkeit klagten. Die Lehrwerkstatt befindet sich in den Räumen des ehemaligen ENKA-Labors (unter ehemaligen Arbeitern auch „Giftküche“ genannt).

Von offizieller Seite erfolgte keine sichtbare Reaktion auf diese Messungen. Von Anwohnern und Postjugend angesprochen wurden wir aktiv.

Erstes Ziel: Veröffentlichung aller Untersuchungsergebnisse

In einer Anfrage an den Magistrat der Stadt Kassel erfuhren wir, daß dem Magistrat die Ergebnisse einer historisch-deskriptiven Untersuchung (das heißt ohne Bohrungen) des Geländes durch die Gesamthochschule Kassel (GHK) vorliegen. In einem Presseartikel forderten wir die Veröffentlichung der Untersuchung. Auf diesen Presseartikel gab es eine ziemlich heftige Reak-

tion von Seiten der SPD-Fraktion. Wir haben uns dadurch nicht einschüchtern lassen und weiter Druck für eine Veröffentlichung gemacht. Ein knappes halbes Jahr später hatten wir Erfolg: Die Untersuchung wurde im Umweltaus-schuß hinter verschlossenen Türen



„Warnstreik“ von Postlern und Jusos

„veröffentlicht“. Ergebnis der Untersuchung: „Das Gelände ist hochgradig altlastenverdächtig. Die sofortige Entnahme von Grundwasser-, Boden- und Luftproben wird empfohlen, um festzustellen, ob das Gelände saniert werden muß!“

Die Reaktion des Magistrates: „Mit der Veröffentlichung der Untersuchung haben wir unsere Aufgabe erfüllt, jetzt ist wie in allen Altlastenfragen das Regierungspräsidium (Land Hessen) zuständige Behörde.“

Das Regierungspräsidium: „Wir sehen keinen Handlungsbedarf, da die GHK-Untersuchung zu wenig Beweise liefert.“ Von da an begann ein Hin- und Hergeschlebe zwischen Behörden, die allesamt unter politischer Führung von SPD-Mitgliedern standen!

Zweites Ziel: Sofortige Entnahme von Grundwasser-, Boden- und Luftproben

Die einzige Möglichkeit für uns war nun durch öffentlichen und innerparteilichen (Stadt Kassel: SPD, Land Hessen: Rotgrün) Druck die zuständigen

Behörden zu veranlassen, sich gegen die Interessen des ENKA-Konzerns zu stellen und weitere Untersuchungen durchzuführen:

► Postjugend und Jusos organisierten einen einstündigen „Warnstreik“, an dem 150 Auszubildende und 30 Ju-

► Wir schrieben Briefe an die zuständigen Behörden, an Hans Eichel und Joschka Fischer und reichten eine Petition im Landtag ein.

► Postjugend und Jusos organisierten eine Lobby vor dem Rathaus, bei der über 100 Postjugendliche und Jusos eine Resolution überreichten und den Bürgermeister „zur Rede stellen“.

► Wir stellten einen Antrag an den Parteitag der SPD Kassel Stadt, sicherten uns aber schon im Vorfeld die Unterstützung mehrerer Ortsvereine.

► Über 10 Presseartikel erschienen in der lokalen und regionalen Presse.

Nur durch diesen über ein Dreivierteljahr verteilten öffentlichen Druck hatten wir Erfolg. Das Regierungspräsidium Kassel ist jetzt von der rotgrünen Landesregierung angewiesen worden, weitere Untersuchungen zu veranlassen.

Was sind die Lehren aus diesem Kampf?

1. Die bürgerliche Gesetzgebung funktioniert im Interesse der Konzerne!

Es ist nicht möglich, den ENKA-Konzern zu einer Veröffentlichung seiner Produktionsunterlagen zu zwingen. Ämter wie die Gewerbeaufsicht verdienen ihren Namen nicht.

Die Kosten für Untersuchungen zahlt der Steuerzahler und nicht die ENKA, d.h. die Beweislast liegt bei uns und nicht beim Konzern. Nicht der Konzern muß uns beweisen, daß er ökologisch produziert hat, sondern wir müssen versuchen, ihm durch Stichproben ein Vergehen nachzuweisen. Bei Altlastensanierung zahlt in der Regel ebenso der Steuerzahler und nicht der Verursacher der Altlast.

2. Viele höhere SPD-Funktionäre und die ihnen unterstellten Umweltbehörden vertreten weniger unsere Interessen als die der Konzerne, die sie eigentlich kontrollieren sollten!

3. Durch Druck von unten ist es möglich, unsere Interessen durchzusetzen und die SPD nach links zu drücken.

Nachdem der Erfolg unserer Kampagne in breiten Teilen der Kasseler Bevölkerung bekannt geworden war, kippte die Stimmung in der SPD um. Auf einem Parteitag im März unterstützte die große Mehrheit der Delegierten unsere Kampagne und die Bedeutung solcher Kampagnen für die kommenden Kommunalwahlen wurde hervorgehoben. Ein Antrag, in dem wir (einmalig für die Bundesrepublik) die Durchführung der Bohrungen unter Kontrolle von Beschäftigten, Anwohnern und Jusos forderten, wurde ebenfalls angenommen.

Lorenz Blume, Kassel
Jungsozialist

Juso-Pfingstcamp

Politik total verwässert

„Camp together“ war das Motto des diesjährigen Juso-Pfingstcamps. Im strömenden Regen reisten ca. 900 Jugendliche in Oberhausen an, um zu erfahren, ob es sich tatsächlich um ein Juso-Camp handelt. Denn das Titelbild der Einladung für das Pfingstcamp zeigte einen Yuppie und einen Pseudopunk – die heutige Jugend?

Sicherlich war das schlechte Wetter ein Grund für die schwache Teilnahme. Entscheidend war aber die politische Schwäche des Juso-Bundesverbandes, die sich in dem politischen Angebot niederschlug. Dazu kam das Kulturprogramm, das im wesentlichen aus unbekanntem Ruhrpottgroßen bestand. Kein Vergleich zu den bisherigen Pfingstcamps, wo das mangelhafte politische Angebot wenigstens zum Teil durch ein relativ ansprechendes kulturelles Programm wettgemacht wurde. In Nürnberg 1990 waren es ungefähr 5000 Teilnehmer gewesen.

Den größten Raum des politischen Angebots nahmen die Arbeitskreise ein, alle fast ausschließlich mit akademischen „Experten“ als Referenten. So gab es z.B. zu dem drängenden Problem des Rassismus und der Position der SPD und der Jusos dazu auch einen Arbeitskreis: „Rassismus – Einführung in den Begriff“ mit einem Sprach- und Sozialforscher.

Marxistische Unterbezirke mit eigenem Programm

Wir Voran-Unterstützer hielten dies für unzureichend und bereiteten gemeinsam mit den marxistischen Unterbezirken Aachen, Kassel, Stuttgart und Bremerhaven eine Veranstaltung zu diesem Thema vor.

Eingeladen hatten wir Antifaschisten aus Großbritannien, Belgien, Schweden und Österreich, die über die Aktivitäten in ihren Ländern berichteten und mit uns diskutierten, wo die Ursachen für Rassismus und Neofaschismus liegen – und vor allem, was Europas Jugend dagegen tun kann. 180 Leute versammelten sich dazu unter freiem Himmel, da die Camplung keinen Raum zur Verfügung stellen

konnte. Damit war dies die mit Abstand größte politische Veranstaltung auf dem Camp. Viele Juso-Gruppen haben Interesse an der Kampagne „Jugend gegen Rassismus in Europa“ gezeigt (siehe Seite 10).

Ein zweiter Höhepunkt des Camps war eine Veranstaltung des Unterbezirks Kassel, die 120 Leute besuchten. Dort stellten die Genossen ihr Jugendprogramm vor, zu dem sie in Kassel eine Öffentlichkeitskampagne gemacht

chelei, denn CDU-Politiker verdienen auch nicht weniger, doch bleibt es ein Skandal, daß unsere „Interessenvertreter“ ein Vielfaches von unserem Einkommen verdienen! Geradezu abstoßend ist es, daß der Juso-Bundesvorsitzende Oskar Lafontaine weiterhin als „Hoffnungsträger“ bezeichnet und sich somit bei der Parteispitze anbiedert.

Wegen des Mangels an politischen Angeboten waren die „fliegenden Info-Stände“ der VORAN-Unterstützer und



Veranstaltung der marxistischen Unterbezirke zum Rassismus

hatten und es wurde über sozialistische Jugendarbeit diskutiert.

Lafontaine – „Hoffnungsträger“ für Jusos?

Am Samstag gab es eine Kundgebung in Oberhausen mit dem Thema „Eine Welt für alle“ auf der Oskar Lafontaine sprach. Ungefähr 500 Jusos nahmen daran teil, in Oberhausen selbst war im Vorfeld leider nicht mobilisiert worden. Hauptthema war natürlich Oskars Diätenskandal. Er rechtfertigte sich und sein Einkommen betonte, daß er Opfer einer Hetzkampagne sei. Ralf Ludwig, der Juso-Bundesvorsitzende stärkte ihm den Rücken und erklärte: „Wir stehen weiterhin zu Oskar Lafontaine“. Natürlich ist der Aufschrei der bürgerlichen Presse Heu-

unsere beiden Veranstaltungen ein Hauptanziehungspunkt für Juso-Basisaktivisten, die nach einer politischen Alternative suchten. Manch ein Camper verzweifelte, wenn er die Voran zum x-ten Mal angeboten bekam. Doch viele Jusos waren von unserem offensiven Eintreten für eine sozialistische Politik angetan und suchten die Diskussion mit uns.

Zusammen wollen wir für eine sozialistische Politik der Jusos, aber auch für die Gestaltung des Pfingstcamps in unserem Sinne kämpfen.

Mirjam Alberti,
Aachen
Jungsozialistin



Forderungen zum Altlastenproblem

Die JungsozialistInnen Kassel Stadt fordern:

... von der Stadt Kassel:

Gegen Altlasten

- Sofortige Veröffentlichung aller Untersuchungen und Fakten, die der Stadt Kassel vorliegen.
- Bilden von Sanierungsausschüssen an der Frage jedes einzelnen Altstandortes unter Beteiligung der Belegschaften in Betrieben, der Bürger in Wohngebieten, der örtlichen Umweltverbände und der Stadt. Diese Ausschüsse bewerten die Altlast und beschließen den Umfang der eventuellen Sanierungsmaßnahmen.

Gegen Neulasten

- Ein klares Abfallkonzept „Vermeidung statt Verbrennung“ (z.B. keine Stromerzeugung in der Müllverbrennungsanlage).
- Offenlegung aller Daten zur Abfallwirtschaft in Kassel (z.B. Dioxinmessungen an der Müllverbrennungsanlage).
- Ausbau von Verwaltung und Kontrolle im Umweltbereich, unter öffentlicher Beteiligung.

... von der hessischen Landesregierung:

- Einrichtung eines Altlastenfonds aus Unternehmensgewinnen, um die Kosten der Erfassung, der Bewertung und einer möglichen Sanierung von Altlasten bezahlen zu können. Dieser Fonds muß unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch den Staat als Exekutive, durch die zuständige Gewerkschaft als Vertretung der Beschäftigten und durch Umweltverbände als Vertretung der an Umweltfragen interessierten Öffentlichkeit gestellt werden.
- Konsequentes Abwälzen der Kosten auf die Verursacher. Wo ein zahlungsfähiger Verursacher gefaßt werden kann, zahlt dieser die Kosten Erfassung, Bewertung und Sanierung der Altlast. In Fällen, in denen kein Verursacher festgestellt werden kann, zahlt der Fonds.
- Erfassung aller Hessischen Altlasten unter Beteiligung von Gewerkschaften und Umweltverbänden.
- Klares Abfallkonzept mit dem Ziel der Produktionskontrolle durch Staat, Gewerkschaft und Belegschaft, um eine demokratische und ökologische Planung der Abfallwirtschaft zu ermöglichen.

Der Gipfel der Heu...

Anfang Juni fand in Rio eine Mammutveranstaltung namens „Weltkonferenz über Umwelt und Entwicklung“ statt. Außer unverbindlichen Versprechungen, die Umwelt in Zukunft langsamer zu zerstören, ist nichts dabei herausgekommen. Die Herren der Welt haben über unsere Köpfe hinweg beschlossen, die Erde auf dem Altar des kapitalistischen Profitsystems zu opfern.

„Umweltgipfel“ in Rio

Seit dem ersten Umweltgipfel in Stockholm vor 20 Jahren haben sowohl Umwelzerstörung als auch das Elend in der „Dritten Welt“ zugenommen. Auf dem Gipfel sollten sowohl Umwelt als auch Entwicklung behandelt werden, weil es sich mittlerweile auch zu den Regierungen herumgesprochen hat, daß beide Probleme eng miteinander zusammenhängen. Es zeigte sich aber, daß die „Erste Welt“ vor allem über Umwelt reden wollte – deshalb wurde der Gipfel bei uns hartnäckig als „Umweltgipfel“ bezeichnet – und die „Dritte Welt“ vor allem über Entwicklung.

Die Umwelzerstörung ist ein weltweites Phänomen. Aber auch wenn ein Großteil der Umweltschäden in der „Dritten Welt“ auftritt, die Hauptursachen liegen in Europa, Japan und vor allem den USA. Über 60 Prozent der jährlich über 330 Millionen Tonnen Giftmüll entstehen in den USA. Aber ein erheblicher Teil wird in die „Dritte Welt“ exportiert. Alle fünf Minuten passiert ein Giftmülltransporter eine Grenze in Europa. Die Bevölkerung der „Dritten Welt“ müßte sich verhundertfachen, um den CO₂-Ausstoß von Nordamerika zu erreichen. Die reichen 25 Prozent der Erdbevölkerung verbrauchen 70 Prozent der Energie, 60 Prozent der Nahrungsmittel, 75 Prozent der Metalle, 85 Prozent des Holzes. Dafür sind in Lateinamerika die Wälder in den 80er Jahren um 9 Prozent zurückgegangen, in Asien um 11,5 Prozent, in Afrika um 7,7 Prozent; in einzelnen Regionen ist der Rückgang noch verheerender (Westafrika 21,4 Prozent, Mittelamerika/Mexiko 17,5 Prozent, Südostasien 16,2 Prozent).

Der Wasserverbrauch ist auch sehr ungleich: Nord- und Mittelamerika 1692 Kubikmeter pro Kopf, Europa 726, Asien 526, Südamerika 476, Afrika 244. Wasserkrisen herrschen schon in West- und Ostafrika und drohen in Nordafrika, Nahost, Indien und Nordchina. Es wird schon über Kriege um Wasservorräte spekuliert. Dabei nimmt die Wasserqualität durch die Umwelzerstörung immer mehr ab. In Indien ist es flächendeckend verseucht, 30 Prozent der Pestizid-Opfer weltweit kommen aus

Indien. Ein Viertel aller Felder sind durch Pestizide oder falsche Bewässerung unbrauchbar geworden.

„Ergebnisse“

Statt des geplanten Vertrags über den Schutz der Wälder wurde nur eine unverbindliche Prinzipienklärung verabschiedet. Der Vertrag über Artenvielfalt hat sich von einem Artenschutzvertrag in einen Vertrag über die kommerzielle Nutzung lebender Organismen und die damit zusammenhängenden patentrechtlichen Fragen verwandelt. Der Vertrag über Klimaschutz gibt kein verbindliches Zeitlimit und verlangt inhaltlich nur die Zurückführung der CO₂-Emissionen auf das viel zu hohe Niveau von 1990.

Das seit den 70er Jahren bestehende Versprechen, die Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts anzuheben, braucht in diesem Jahrtausend nicht mehr erfüllt zu werden. Die Finanzhilfen zum Umweltschutz für „Dritte-Welt“-Länder betragen statt erwarteter 5-10 Milliarden nur 2,5 Milliarden Dollar. Laut UNO wären 70 Mrd nötig. Damit werden die meisten in der Agenda 21 beschlossenen Programme unter den Tisch fallen. Dafür soll die Finanzierung über die Weltbank laufen.

Logik der Weltbank

Internationaler Währungsfonds und Weltbank zwingen den Ländern der „Dritten Welt“ sogenannte Struktur-anpassungsprogramme auf. Wenn sie

neue Kredite wollen, müssen sie Privatisierungen und massive Kürzungen im öffentlichen Dienst vornehmen.

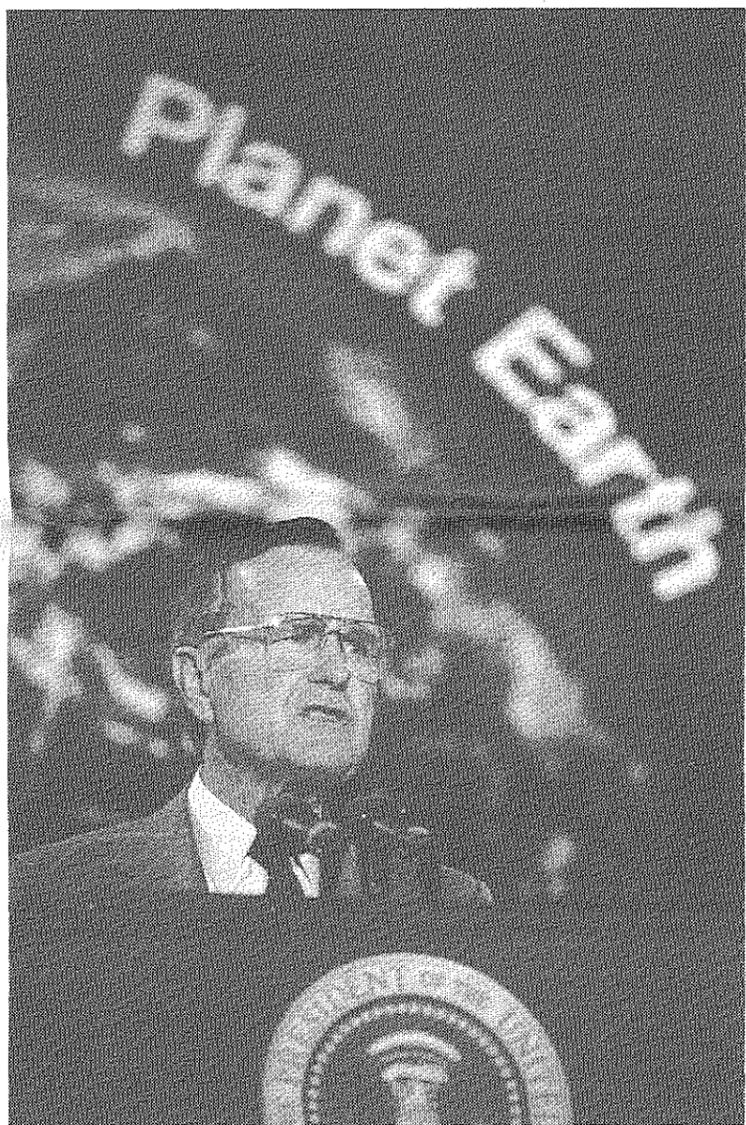
Sie müssen ihre Wirtschaften in den Weltmarkt integrieren. Das bedeutet, sich den Multinationalen Konzernen zu unterwerfen und Exportprodukte („Cash crops“) statt Nahrungsmittel für den eigenen Bedarf anzubauen. Der Weltbank-Abteilungsleiter für Wirtschaftspolitik, Lawrence Summers, hat sich in einem Papier für den internen Gebrauch für den Export von Giftmüll und die Verlagerung von „schmutzigen Industrien“ in die „Dritte Welt“ ausgesprochen. Afrika beispielsweise sei „unterverschmutzt“ und bei der niedrigen Lebenserwartung wären viele Menschen eh schon gestorben, bevor sie durch Umweltgifte beispielsweise Prostata-Krebs kriegen könnten. Behindert die Weltbank etwa deshalb mit ihren Sparprogrammen unter anderem die Verbesserung des Gesundheitswesens?

Industrieländern das Bevölkerungswachstum in den letzten hundert Jahren stark zurückgegangen und die Umwelzerstörung trotzdem rapide angestiegen ist, war das nicht so wichtig.

An den Norden gingen beständig Appelle, den Konsum einzuschränken. Dabei entsteht der größte Teil der Umweltbelastung entweder direkt in der Produktion oder er ist durch die Produktion vorprogrammiert. Solange z.B. der öffentliche Nahverkehr teuer und unattraktiv ist, müssen die Leute Auto fahren. Schuld an der Umwelzerstörung ist die kapitalistische Produktionsweise, in der der Profit alles ist und die Bedürfnisse von Mensch und Natur nichts sind. Wer die VerbraucherInnen zum Sündenbock macht, lenkt nur von den wirklichen Zusammenhängen ab.

Insbesondere die USA haben sich allen verbindlichen Regelungen widersetzt, weil sie darin eine Einschränkung der ach so herrlichen freien Marktwirtschaft sehen. Ein Mitglied von Bushs Delegation sagte: „Umweltschutz hat den Kommunismus als die große Bedrohung für den Kapitalismus abgelöst.“ Zur Hälfte hat der Mann Recht. Wirksamer Umweltschutz und Kapitalismus sind in der Tat unvereinbar. Da wir eine bewohnbare Erde brauchen, muß der Kapitalismus weg, je schneller desto besser.

Wolfram Klein, Stuttgart
Jungsozialist



In Präsident Bushs „neuer Weltordnung“ zählt nur der Artenschutz für die US-Industrie

Ursachen verschleiert

Der Gipfel hat nicht nur keine ernsthaften Schritte zur Verhinderung einer ökologischen Katastrophe eingeleitet, er hat auch die Ursachen verschleiert, statt sie aufzudecken. An den Süden ging beständig der Appell, das Bevölkerungswachstum unter Kontrolle zu bringen. Daß in den

Wo ist der Nord-Süd-Konflikt geblieben?

Auf dem Gipfel gab es große Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ländern der „Ersten“ und denen der „Dritten Welt“. Aber im Vergleich zu den 70er Jahren trat der „Süden“ sehr gemäßigt auf – obwohl sich das Wohlstandsgefälle vergrößert hat.

Jetzt ist es überdeutlich geworden, daß die Regierungen der „Dritten Welt“, die in den 70ern viele Linke hier in Begeisterung versetzt haben, doch nur die Interessen der jeweiligen herrschenden Klassen (oder bestenfalls von stalinistischen Bürokratenkasten) vertreten haben.

Als der US-Imperialismus durch den Ost-West-Gegensatz im Zaum gehalten wurde und in Vietnam eine schwere Niederlage erlitt, versuchten auch die kleinen Kapitalisten, ihm Zugeständnisse abzutrotzen. Krise und Zusammenbruch des Stalinismus haben den Ländern jeden Spiel-

raum zum Lavieren genommen, der Golfkrieg hat gezeigt, mit welcher Brutalität die USA notfalls ihre Interessen durchsetzen. Aber wenn die Regierungen zahm geworden sind, die Völker sind es nicht. Und anders als vor einigen Jahrzehnten sind die Träger der Massenbewegungen heute nicht so sehr bürgerliche Guerillas, sondern die ArbeiterInnen und Jugendlichen der Städte – wie bei der blutig unterdrückten Bewegung kürzlich in Thailand.

Als Bush auf seinem Flug zum Gipfel nach Rio in Panama Zwischenstopp machte und sich feiern lassen wollte, demonstrierten Zehntausende gegen ihn. Die Polizei setzte so massiv Tränengas ein, daß auch Bush vor den Gaswolken fliehen mußte.

Für die gesamte „Dritte Welt“ bedeutet Kapitalismus fortwährend Unterdrückung, Ausbeutung, Elend und Umwelzerstörung. Der weltweite Sieg des Sozialismus ist für sie die einzige Chance für ein menschenwürdiges Leben.

Es war einmal:

Das „Schwellenland“ Brasilien

Wie sieht es in dem Land aus, in dem der Gipfel stattgefunden hat? Für die Superkonferenz hat sich die herrschende Klasse Brasiliens viel Mühe gegeben. Todesschwadronen haben in den Monaten vor dem Gipfel in Rio über 200 Straßkinder ermordet.

Tausende wurden von Todesschwadronen und Polizei vertrieben, damit sie den illustren Gästen nicht unter die Augen kommen. Es wurde extra eine achtspurige Autobahn gebaut, damit die feinen Herren und Damen die Favelas (Slums) schneller durchqueren können. Brasilien hat sich die Show 37 Millionen Dollar kosten lassen, aber wieder 100 Millionen durch den Gipfel eingenommen, plus Hilfszusagen von 4 Milliar-

den Dollar. (Für den Umweltschutz haben die Industrieländer auf diesem „Umweltgipfel“ für die gesamte „Dritte Welt“ nur etwa 2,5 Mrd Dollar zugesagt.)

Das Image Brasiliens in Bezug auf Umweltschutz ist durch die Abholzung der Regenwälder, den Mord an dem Gewerkschafter und Umweltschützer Chico Mendes etc. ziemlich lädiert; durch den Gipfel ist es wieder aufgepoliert worden. Die brasilianische Telefongesellschaft Telex hat mit dem Vermieten von tragbaren Telefonen an Gipfelteilnehmer Millionen verdient. Für die brasilianischen Bosse hat sich der Gipfel gelohnt.

In den 70er Jahren wurden Brasilien und andere Länder Lateinamerikas als Schwellenländer gefeiert, die gerade den Sprung vom Entwicklungsland zum Industrieland machen würden.

Heute erscheinen derartige Behauptungen als blanker Hohn.

In Lateinamerika ist die Wirtschaft in den 80er Jahren pro Kopf um 1,1 Prozent zurückgegangen und damit auf das Niveau Anfang der 70er Jahre gesunken. Seit 1983 fließt netto Kapital ab – in die reichen Länder. In einigen Staaten sind die Reallöhne um die Hälfte oder zwei Drittel gefallen, in Brasilien allein im letzten Jahr um 20 Prozent. 12 Millionen Arbeitslose und 60 Prozent der Bevölkerung unter der offiziellen UNO-Armutsgrenze sind eine weitere Folge der Sparpolitik des Internationalen Währungsfonds. Die Kaufkraft des Mindestlohns beträgt noch 30 Prozent des Niveaus von 1956. Dafür geht es den Reichen gut. Die oberen 10 Prozent bekommen die Hälfte der jährlichen Einkünfte, die reichsten ein Prozent besitzen 53 Prozent des Reichtums.



melei



Gibt es zu viele Menschen auf der Erde?

Wenn in den bürgerlichen Medien über die sogenannte dritte Welt geschrieben wird, so fällt sofort das Stichwort „Bevölkerungsexplosion“. Damit wird der Eindruck erweckt, als sei die Ursache allen Übels in diesen Ländern eine anwachsende Bevölkerung – mit „explosiven“ Ausmaßen. Kann die Erde eine wachsende Weltbevölkerung zu ernähren?

Ein Mensch benötigt am Tag etwa 2600 Kalorien. Dies entspricht einer Menge von 750 Gramm Getreide. Vorhanden sind auf der Welt allein an Getreide 933 Gramm pro Kopf und Tag. Das reicht nicht für eine ausgewogene Ernährung – aber alle anderen Nahrungsmittel kommen noch dazu. Gleichzeitig wurden allerdings z.B. 1988 360 Millionen Tonnen Getreide zurückgehalten bzw. vernichtet, um den Weltmarktpreis hochzuhalten. Nach den Gesetzen des Kapitalismus ist es eben vernünftiger, Weizen zu vernichten und damit das Angebot zu verkleinern, als ihn an Hungernde zu verteilen, was die Nachfrage und damit den Preis senken würde.

Bauern in der EG werden Prämien für die Stilllegung von Feldern bezahlt, von den sich weiter vergrößernden Milchseen und Butterbergen ganz zu schweigen.

Afrika, der ärmste Kontinent, könnte sich problemlos selbst ernähren. Noch in den 30er Jahren dieses Jahrhunderts hat er Nahrungsmittel exportiert, noch in den 50er Jahren war er Selbstversorger. Aber 1980 mußten bereits 8 Millionen Tonnen Getreide importiert werden und die Getreideproduktion lag nur noch halb so hoch wie in den 50er Jahren.

Die kapitalistische Ausbeutung der „Dritten Welt“ zwingt diese zur unökologischen und selbstzerstörerischen Landwirtschaft für den Export in die Industriestaaten. Durch den intensiven Anbau von Tee, Kaffee, Kakao und Futtermitteln werden die Böden ausgelaugt, während die Exporterlöse bei sinkenden Weltmarktpreisen nicht einmal für die Zinszahlungen an die Banken der Industrieländer reichen.

Nahrungsmittel werden heute produziert, um Profit zu machen, wobei weder auf die Natur noch auf die Konsumenten Rücksicht genommen wird. Die Kehrseite der Mangelernährung in den unterentwickelten Ländern ist die ungesunde Ernährung in den Industriestaaten, zum Beispiel mit zuviel Fleisch.

Kinder als „Sozialversicherung“

Gerade für Menschen, die hungern, oder für Menschen ohne soziale Absicherung sind Kinder eine Sicherheit. Sie stellen eine weitere Arbeitskraft in der Familie dar. Durch sie kann ein Krankheitsfall überbrückt werden und sie sollen später für die Altersversorgung der Eltern sorgen.

Wir wollen, daß die wirtschaftlichen Zwänge beseitigt werden, die Menschen dazu zwingen, Kinder als soziale

Absicherung zu betrachten. Sie sollen bewußt und ohne wirtschaftliche Zwänge entscheiden können, ob und wieviele Kinder sie haben wollen.

Deshalb ist die Politik der katholischen Kirche zu bekämpfen, die Empfängnisverhütung und Abtreibung ablehnt, was vor allem zu Lasten des Selbstbestimmungsrechts der Frauen geht. Aber genauso reaktionär ist die Position von einigen „aufgeklärten“ Experten, die die katholische Kirche kritisieren und sich umgekehrt für eine zur Not zwangsweise Begrenzung der Geburtenraten in der „Dritten Welt“ aussprechen.

Sie stellen die Verhältnisse auf den Kopf. Jeder auf der Welt geborene Mensch könnte produktive Arbeit leisten, um sich selbst zu ernähren und zum Nutzen der Gesamtgesellschaft beizutragen.

Eine Nahrungsmittelproduktion, die nicht nur den Hunger beseitigt, sondern auch ökologisch vertretbar ist, bedeutet sicher einen höheren Aufwand und ist – kurzfristig gesehen – weniger effektiv. Es gäbe also genug zu tun für zusätzliche Arbeitskräfte in einer ökologisch umorientierten Landwirtschaft. Stattdessen sind in den unterentwickelten Welt Millionen Menschen arbeitslos – oder arbeiten fast ausschließlich für die Profiteure der westlichen Banken und Konzerne.

Für eine sozialistische Welt

Das Problem der Unterentwicklung läßt sich nur lösen, wenn die Macht der Konzerne und Banken gebrochen und eine neue, sozialistische Wirtschaftsordnung errichtet wird. Wenn eine soziale Absicherung für alle Menschen erreicht wird, führt dies auch zu einer Stabilisierung des Bevölkerungswachstums.

Bereits im Vorfeld des Umweltgipfels wurde oft vorgerechnet, daß einfach nicht alle heute auf der Erde lebenden Menschen den gleichen Lebensstil wie

Ist die Umwelt noch zu retten?
Der sozialistische Ausweg
1991
Lobby - Merkmalen in der SPD

Bestellungen gegen Vorkasse bei der Redaktion zuzüglich 2,- DM für Porto und Verpackung (kann in Briefmarken beigelegt werden).

die Bevölkerung der reichen Industriestaaten haben könnte.

Bereits der erste Schritt zum relativen Reichtum der Bevölkerung in den Industriestaaten – die Sicherung der Grundbedürfnisse nach Nahrung, Wohnung, Kleidung etc. für den größten Teil der Menschheit – erfordert die Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems. In einer demokratisch im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und der Natur geplanten Wirtschaft könnten dann die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um den Raubbau an der Natur zu beenden. Das wird Umstellungen in den Industrieländern einschließen – beim Energieverbrauch, vor allem für den Verkehr, aber auch zum Beispiel bei den Ernährungsgewohnheiten: weniger Fleisch, daß für die Produktion riesige Mengen an Futtermitteln benötigt, die heute in Ländern der „Dritten Welt“ auf Kosten der Eigenversorgung angebaut werden.

Stephan Kimmerle, Stuttgart
Jungsozialist

Ozonloch und Treibhauseffekt Wird die Erde unbewohnbar?

Im Herbst '91 stellten Wissenschaftler der NASA fest, daß der Abbau der Ozonschicht sich viel schneller vollzieht als bisher angenommen. Auch über der Nordhalbkugel klafft jetzt schon ein beträchtliches Ozonloch. Die Folgen dieser Entwicklung für den Menschen werden jetzt deutlich: In Australien nehmen Hautkrebs-erkrankungen immer mehr zu.

Die UV-B-Strahlung, die bisher durch die Ozonschicht weitgehend abgehalten wurde, gelangt nun ungehinderter zur Erdoberfläche.

Verantwortlich für den Ozonabbau sind die FCKW (Fluorchlorkohlenwasserstoffe). Diese Stoffe sind sehr stabil. Deshalb gelangen sie durch Luftströmungen bis hinauf zur Ozonschicht (Weniger stabile Stoffe werden schon in weit tieferen Luftschichten durch UV-Licht zerstört. In der Ozonschicht werden die FCKWs dann schließlich gespalten, die UV-Strahlung ist in dieser Höhe energiereich genug, und es entstehen sogenannte Radikale, von denen jedes einzelne mehrere tausend Ozonmoleküle zerstört.

S. F. Rowland und M. J. Molina publizierten schon 1974, daß die Ozonschicht durch FCKW bedroht wird. In „Global 2000“, dem Bericht für Bushs Vor-Vorgänger Carter, wurde geschätzt, daß jedes Prozent Reduzierung der Ozonschicht die UV-Strahlung um zwei Prozent erhöht.

FCKWs werden als Kühlmittel für Kühlschränke, Kühl- und Klimaanlage, sowie zum Aufschäumen von Kunststoffen und als Lösungsmittel für Reinigung und Entfettung verwendet. Als Treibgas werden FCKW in der BRD kaum noch benutzt. Die FCKWs wurden gerade wegen ihrer chemischen Stabilität, die jetzt der Ozonschicht zum Verhängnis wird, entwickelt. In der Natur kommen sie nicht vor. Deshalb ist die Zerstörung der Ozonschicht in der Geschichte der Erde ohne Beispiel.

FCKWs brauchen für ihren Weg zur Ozonschicht etwa 20 Jahre. Selbst wenn ab sofort kein FCKW mehr in die Atmosphäre gelangte, würde die Zerstörung der Ozonschicht noch 20 Jahre weitergehen. Wir können uns nicht damit trösten, daß die Auswirkungen auf Mensch und Natur bisher noch gering sind. Um das drohende Desaster noch einigermaßen abzuwenden, muß sofort gehandelt werden:

- ▶ Verbot von Produktion und Import der FCKWs
- ▶ kein Export von FCKW-Produktionsanlagen
- ▶ statt FCKW-Einsatz Verwendung von Ersatzstoffen oder sonstiger alternativer Verfahren, die zuvor auf ihre Umweltverträglichkeit geprüft wurden.

staatlich organisierte Abnahme und Entsorgung von Kühlschränken und anderen technischen Geräten, die FCKWs als Kühlmittel enthalten.

Die Industrie dagegen möchte nur die bisher verwendeten „harten FCKW“ durch sogenannte „weiche FCKW“ ersetzen.

Ausschließlich auf harte FCKWs beziehen sich auch die Regierungsvereinbarungen für einen FCKW-Stopp bis 1995.

Was unterscheidet harte und weiche FCKW? Bei den weichen FCKWs sind im Gegensatz zu den harten nicht alle Wasserstoffatome des zugrundeliegenden Kohlenwasserstoffs durch Fluor bzw. Chlor ersetzt. Das bewirkt, daß die weichen FCKWs nicht so stabil sind und nur zu einem geringeren Teil die Ozonschicht erreichen. Damit ist ihre ozon-

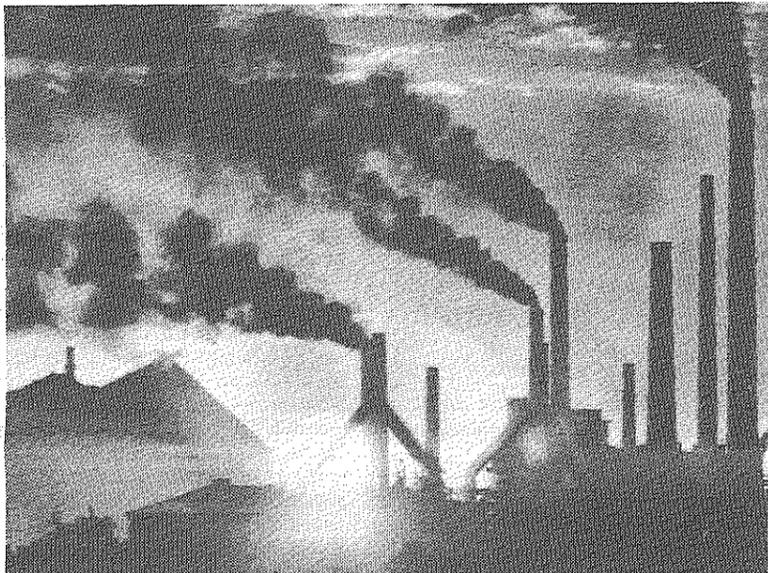
schädigende Wirkung geringer, ihre Wirkung als Treibhausgas ist aber wesentlich stärker als bei den harten FCKW. Ein Verbot aller FCKWs ist also unbedingt nötig.

Treibhauseffekt ...

Die globale Erwärmung ist mittlerweile anhand von Klimaaufzeichnungen eindeutig nachweisbar. So waren z.B. die Jahre 1990 und 1991 die beiden wärmsten Jahre seit Beginn regelmäßiger Temperaturaufzeichnungen Mitte des 19. Jahrhunderts. Die Auswirkungen sind: Das Klima kommt durcheinander, mehr Stür-

lassen sich kaum beeinflussen. Deshalb kommt es vor allem darauf an, die CO₂-Emissionen drastisch zu senken:

- ▶ Energie sparen, denn weniger Energieverbrauch heißt auch weniger CO₂-Emissionen: Kraftwerke mit Kraft-Wärme-Koppelung, bessere Wärmedämmung von Gebäuden, sparsamere Elektrogeräte
- ▶ Verkehrsvermeidung, Verlagerung des Verkehrs auf ÖPNV, sparsamere Autos
- ▶ Nutzung regenerativer Energiequellen: Sonne (Sonnenkollektoren, Photovoltaik), kleine Wasserkraftwerke, Windenergie, Biogas
- ▶ Schutz des tropischen Regenwaldes. Der Regenwald spielt eine wichtige



me und Unwetter sind die Folge, in heute fruchtbaren Gebieten kann es zu Trockenheit kommen, der Meeresspiegel steigt womit z.B. die Überflutung großer Teile von Bangladesch droht, ferner kommt es durch die Klimaveränderung zum Aussterben von Arten.

Verursacht wird der Treibhauseffekt zu 50 Prozent durch CO₂ (Kohlendioxid), das bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe frei wird. Die anderen 50 Prozent werden durch folgende Spurengase verursacht:

Methan (Freisetzung durch verstärkten Reisanbau und Rinderhaltung), Distickstoffoxid (Aufschäumen von Sahne, Katalysator-Nebenprodukte) und FCKW.

Allen diese Stoffen ist gemeinsam, daß sie zwar sichtbares Licht von der Sonne zur Erdoberfläche durchlassen, aber Wärmestrahlung von der Erdoberfläche in den Weltraum zurückhalten. Dadurch kommt es zur Erwärmung.

... schon seit 1949 bekannt

In einer amerikanischen Fachzeitschrift wurde 1949 der Zusammenhang zwischen wachsender CO₂-Konzentration und Temperaturanstieg beschrieben. Warum ist seitdem nichts Ernsthaftes geschehen? Wer kann noch daran zweifeln, daß den Kapitalisten und ihren Regierungen ihre Profiteure heute wichtiger sind als unsere Zukunft?

Wasserdampf verstärkt die Wirkung, wodurch es erst zum großen Ausmaß des Treibhauseffekts kommt: Erwärmung führt zu mehr Wasserdampf, was erneut zu mehr Erwärmung führt – ein Verstärkungseffekt.

Um die Katastrophe noch abzuwenden, ist eine sofortige radikale Änderung der Energie- und Umweltpolitik nötig. FCKWs müssen vollständig verboten werden. Die Methanemissionen

spielen eine wichtige Rolle bei der Photosynthese von CO₂ zu Sauerstoff. Bei Brandrodung wird in großen Mengen CO₂ frei.

Atomkraft als Alternative?

Die Atomlobby versucht, die Atomenergie mit dem Argument, es gebe hierbei keine CO₂-Emissionen, wieder salonfähig zu machen. Doch das stimmt nicht.

Schließlich muß das Uranerz gefördert, aufbereitet und transportiert werden. Bei all diesen Vorgängen und vor allem zum Schluß bei der „Endlagerung“ des Atomabfalls auf der LKW-Ladefläche wird CO₂ freigesetzt.

Außerdem sind Atomkraftwerke sehr unflexible Anlagen: sie sind sehr groß, nachts nicht abschaltbar und völlig ungeeignet für Kraft-Wärme-Koppelung. Daraus ergibt sich Energieverschwendung in gigantischem Ausmaß.

Eine Ersetzung von fossilen Brennstoffen durch Kernenergie käme der Austreibung des Teufels mit dem Beelzebub gleich, stattdessen ist der sofortige Ausstieg aus der Kernenergie nötig.

Matthias Scheibe, Stuttgart
Jungsozialist

Der Bock als Gärtner

Der Generalsekretär der UNO-Konferenz von Rio, Maurice Strong, übt sich ganz persönlich in der Art von Umweltpolitik, wie sie auf dem Gipfel beschlossen wurde.

Als Teilhaber der Firma American Water Development Inc. will der kanadische Multimillionär Grundwasser aus dem San Luis Valley, einem Aufenthaltsort seltener Vögel in Süd Colorado, ins 300 Kilometer entfernte Denver pumpen lassen. Strong will

dort Farmland bewässern und eine Brauerei betreiben.

Die ansässigen Farmer und Umweltschützer protestieren dagegen, weil das Tal austrocknen würde.

Strong hat das Wassergericht von Colorado angerufen, um den Fall zu entscheiden. Das Projekt diene der wirtschaftlichen Entwicklung, meint der der UNO-„Umweltschützer“ und gibt zu, daß er gelegentlich „Dinge tun muß, die umwelttechnisch nicht sauber sind“.

Jugoslawien

Wie kann das Blutbad gestoppt werden?

Seit über zwei Monaten tobt in Bosnien-Herzegowina der Bürgerkrieg zwischen den serbischen Milizen, unterstützt von der Bundesarmee, und den moslemischen und kroatischen paramilitärischen Gruppen. Der Bürgerkrieg löste die größte Fluchtwelle in Europa seit dem 2. Weltkrieg aus. Ein Ende des blutigen Macht- und Territorialkampfes ist nicht zu erkennen. Im Gegenteil: eine Ausdehnung auf Serbien und darüber hinaus auf den gesamten Balkan ist nicht auszuschließen.

Schon jetzt drohen die US-Regierung und Deutschland offen mit einem militärischen Eingreifen. Der neue Außenminister Kinkel unterstützt internationale Militäraktionen, falls die Sanktionen keine Wirkung zeigen sollten.

Ende Mai haben die EG-Staaten auf Initiative Bonn ein weitgehendes Embargo über „Rest-Jugoslawien“ (Serbien, Montenegro) verhängt. Gleichzeitig übten sie Druck auf die UNO aus, so daß sie Anfang Juni nachzog. Lediglich Nahrungsmittel und medizinische Güter sind ausgenommen.

Die Sanktionen verschlechtern zunächst einmal die Lage der Bevölkerung in Serbien und Montenegro. Die Inflation beträgt seit der Verhängung des Embargos 100.000 Prozent. Die Industrieproduktion fiel dieses Jahr um 30 Prozent. Ein weiteres Absacken ist zu erwarten.

Ursachen von Krieg und Nationalismus

Bis zum zweiten Weltkrieg war der Balkan Spielball der europäischen Großmächte. Das nach dem zweiten Weltkrieg errichtete stalinistische Regime unter Tito konnte auf der Grundlage von Verstaatlichung und Planwirtschaft die Produktion entwickeln und den Lebensstandard erhöhen. So konnten in Verbindung mit staatlicher Unterdrückung die nationalen Gegensätze im Zaum gehalten werden.

Die Ursachen für den Zerfall Jugoslawiens liegen im Bankrott des Stalinismus. Ähnliche Entwicklungen sehen wir in der ehemaligen UdSSR. Der Unmut der Bevölkerung über die wirtschaftliche Krise seit Anfang der 80er Jahre wuchs und richtete sich gegen die herrschenden Bürokratien. Um ihre Macht und Privilegien zu retten, spielen sie die nationalistische Karte. Dadurch lenken sie die Bewegung gegen sich nach der Devise „Teile und Herrsche“ ab.

Die herrschenden Bürokratien in den stalinistischen Staaten haben erst die Planwirtschaft zerstört und suchten dann für sich einen Ausweg, indem sie den Weg für die Wiedereinführung des Kapitalismus ebneten. In Kroatien und Slowenien ist dieser Prozeß am weitesten fortgeschritten.

Die dort 1990 an die Macht gekommenen pro-bürgerlichen Regierungen setzten auf eine Abspaltungspolitik und haben die Illusion einer blühenden Zukunft in der EG. Die berechtigte Angst der serbischen Bevölkerung, zum Armenhaus Jugoslawiens zu werden, hat die serbische Bürokratie ausgenutzt, um den „Befreiungskampf für die Brüder in Kroatien und Bosnien-Herzegowina“ zu beginnen.

Das kroatische klerikal-faschistische Ustascha-Regime arbeitete im zweiten Weltkrieg mit den deutschen Faschisten zusammen und brachte über 500.000 Serben um. Der kroatische Präsident Tudjman verharmlöste die Ustascha und betreibt selbst eine nationalistische Politik zum Nachteil der serbischen Minderheit in Kroatien. Erst nach Beginn des Bürgerkrieges wurden eini-

ge kosmetische Maßnahmen zur Gleichberechtigung der serbischen Minderheit durchgeführt.

Das Gift des Nationalismus ist durch die Herrschenden in Slowenien, Kroatien und Serbien gestreut worden. Die Arbeiterklasse dieser Länder zahlt nun mit Tod, Vertreibung und Armut dafür.

Brennt bald der ganze Balkan?

Derzeit grassiert die Angst, daß sich der Krieg auf die von Serbien kontrollierte Region Kosovo ausdehnt. In Kosovo leben knapp zwei Millionen Kosovo-Albaner und 120.000 Serben. Seit 1990 verwehrt ihnen der serbische Präsident Milosevic ihre Autonomierechte.

Kürzlich erst haben die Kosovo-Albaner in einer Untergrund-Wahl ihre eigene Regierung gewählt und sich für unabhängig erklärt, was von der serbischen Führung als illegal angesehen wird.

Gäbe es eine Ausdehnung des Krieges auf Kosovo, würde aller Wahrscheinlichkeit nach auch Albanien mit hineingezogen. Zusätzliche Brisanz bekommt die Situation durch das militärische Beistandsabkommen zwischen Albanien und der Türkei, welches im Juni unterzeichnet wurde und der umgehend die Entsendung von türkischen Militärberatern folgte. Auf einer Tagung der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) haben sich die Türkei und der Iran für einen Militäreinsatz der UNO in Bosnien-Herzegowina ausgesprochen und ihre Bereitschaft zur Beteiligung bekundet.

Ein weiterer Konflikt könnte zwischen Griechenland und Mazedonien ausbrechen. Die ursprüngliche Region Mazedonien reicht weit nach Nordgrie-

chenland hinein. Durch die Anerkennung von Mazedonien fürchtet Griechenland das Aufkommen alter Gebietsansprüche. Die griechische Regierung fordert die Umbenennung des Staates, was Mazedonien kategorisch ablehnt. Die griechische Regierung schaukelt das Thema in der Öffentlichkeit hoch, um von den zunehmenden innen- und wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten (Staatsverschuldung, Kürzungspolitik, Privatisierungsvorhaben) abzulenken.

Selbst ein Bürgerkrieg in Serbien ist nicht ausgeschlossen. Die serbischen Nationalisten sind in sich gespalten. Ihr Spektrum reicht von ultra-nationalistischen Parteien (Serbische Radikale Partei und Tschetniks) bis zu Monarchisten und den regierenden ex-Stalinisten (SDS). Zwischen diesen Gruppen und

Teilen des gedemütigten, aus den anderen Republiken abgezogenen Militärs, könnte der Konflikt eskalieren. Es gibt starke Anzeichen für einen Plan der serbischen Regierung für die Aufteilung Sarajevos in ethnische Zonen. Die vorgesehene Teilung durch eine „grüne Grenze“ von Nord nach Süd ist vergleichbar mit der jahrzehntelangen Teilung Beiruts (Libanon). Westliche Diplomaten gehen davon aus, daß die serbischen Milizen und die Bundesarmee den Plan verfolgen, die Bevölkerung aus dem Nordosten der Stadt zu vertreiben und diesen Teil unter ihre Kontrolle zu bringen. Seit Beginn des Kampfes in Sarajewo sind von 525.000 Einwohnern des nordöstlichen Teiles schätzungsweise 200.000 geflüchtet.

Die Opposition gegen die serbische Führung wird stärker. Die Studenten haben ihre Universität vorübergehend besetzt. Ende Mai und Mitte Juni gab es Demonstrationen mit mehreren zehntausend Teilnehmern. Daß es zu keiner polizeistaatlichen Unterdrückung der Demonstrationen kam ist als Zeichen für die schwache Position, in der sich die Führung befindet, zu werten. Der Unmut in der serbischen Bevölkerung wird weiter wachsen angesichts der wirtschaftlichen Lage und der steigenden Zahl von Kriegsopfern.

Schafft der Westen Frieden?

Der Gegensatz zum Block der stalinistischen Länder bewirkte früher, daß die Konflikte zwischen den westlichen Ländern gedämpft wurden. Nach dem Zusammenbruch des Stalinismus stehen in ganz Osteuropa die Tore für den Kapitalismus offen. Unter den großen

Die ehemaligen jugoslawischen Republiken

- **Slowenien:** Unabhängig seit dem 25.6.1991; 95 % Slowenen.
- **Kroatien:** Unabhängig seit dem 25.6.1992; 80 % Kroaten, 12 % Serben; Von der serbischen Minderheit bewohnte Gebiete kämpfen weiterhin für die Vereinigung mit Serbien.
- **Montenegro:** 95 % Montenegriner; stimmte dieses Jahr für den Verbleib in Serbien.
- **Bosnien-Herzegowina:** 44 % Moslems, 31 % Serben, 17 % Kroaten; Unabhängig seit März 1992; Serbische Minderheit boykottierte Abstimmung.
- **Serbien:** 66 % Serben, 18 % Albaner, 4 % Ungarn, 3 % Moslems; Gründete neuen jugoslawischen Staat; der von EG und Vereinten Nationen nicht anerkannt wurde.
- **Mazedonien:** 67 % Mazedonier, 20 % Albaner, 2 % Serben; erklärte November 1991 Unabhängigkeit; Anerkennung durch EG von griechischem Veto blockiert.

militärische Interventionen im europäischen Raum.

Die arbeitende Bevölkerung hätte für ein militärisches Eingreifen zunächst einmal die Kosten zu tragen und die Soldaten müßten ihren Kopf hinhalten. „Aber ist dies nicht der notwendige Preis für den Frieden in Europa?“, werden viele fragen.

Die Unternehmer und die Regierungen in Westeuropa wollen Stabilität in Osteuropa und auf dem Balkan. Dies ist die Vorbedingung für lohnende Investitionen zur Nutzung der billigen Arbeitskraft und der vorhandenen Rohstoffquellen, bzw. zur Nutzung der Märkte.

Bis zum Sommer 1991 haben alle westlichen Mächte Serbien unterstützt, das für sie die Aufgabe übernahm, die Friedhofsruhe in der Region zu garantieren. Es gab Stabilität – aber keinen Frieden für die Albaner im Kosovo, die blutig unterdrückt wurden, und keinen Frieden für die jugoslawische Arbeiterklasse, die unter der Unterdrückung und der von der Bürokratie geschaffenen Wirtschaftsmisere litt.

Dann wurde offensichtlich, daß der deutsche Imperialismus die Kontrolle über den Balkan erlangen will. Die Bundesregierung hat die offensivste Politik zur schnellen Anerkennung Sloweniens und Kroatiens verfolgt, was zur Verschärfung des Bürgerkriegs beitrug. Waren die USA und Großbritannien anfangs sehr zurückhaltend, stehen Baker und Major nun mit dem neuen deutschen Außenminister Kinkel an der Spitze der Befürworter eines militärischen Eingreifens unter UNO-

europä nicht aufgehalten werden. Die westlichen Kapitalisten picken sich die Rosinen aus dem Kuchen heraus, während die Bevölkerung in Armut versinkt. Sie werden sich dabei auf diktatorische Regimes stützen und notfalls versuchen, durch militärisches Eingreifen Ruhe zu schaffen. Damit werden neue Kriege vorbereitet. Man schau nur in den Nahen Osten, wo jetzt Syrien als regionale Ordnungsmacht von den USA aufgerüstet wird.

Die Greuelthaten der serbischen Freischärler und der Armee sind absolut zu verurteilen. Aber die besonders in der BRD betriebene Propaganda dient nur dem Zweck, die wahren Interessen des Westens zu verschleiern. Es soll davon abgelenkt werden, daß die selbsternannten „Kämpfer für Demokratie und Freiheit“ in Bonn und Washington keine Skrupel kennen, wenn es darum geht, sich auf Diktatoren zu stützen, um Herr der Lage zu bleiben – der mit diktatorischen Maßnahmen herrschende kroatische Präsident Tudjman steht seinem serbischen Kollegen Milosevic in Sachen nationalistischer Hetze in nichts nach. Während sich Kohl und Co. öffentlich in Menschlichkeit üben, wird Flüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina der Weg nach Deutschland erschwert!

Deshalb: Keine Unterstützung für die zynischen Manöver der imperialistischen Staaten! Wir fordern von SPD und Gewerkschaften, daß sie gegen ein militärisches Eingreifen und eine Grundgesetzänderung auftreten und gegebenenfalls auch den Widerstand organisieren.

Wie kann Frieden geschaffen werden?

Wir stehen für das Recht aller Nationen für Selbstbestimmung und für das Recht auf Autonomie für alle unterdrückten ethnischen Gruppen. Wir verurteilen das „ethnische Säubern“, bei dem Menschen vertrieben werden, die seit Generationen friedlich zusammenleben. Es wird laut Bericht des UNO-Generalsekretärs Ghali sowohl von serbischen als auch von kroatischen Milizen betrieben.

Wir stehen für die Garantie der persönlichen Sicherheit, Gleichberechtigung und Schutz von Sprache und Kultur aller Gruppen in Bosnien-Herzegowina und den anderen neuen unabhängigen Nationen.

Wir sind für die Einheit der Arbeiterklasse aller ethnischen Gruppen. Serbische, kroatische, muslimische und albanische Arbeiter sollten gemeinsam für den Sturz der nationalistischen Führer kämpfen. Dies muß mit einem Programm für die Beseitigung der wirtschaftlichen Misere verbunden werden, die den Nährboden für die nationalen Konflikte darstellt.

Die Staaten des ehemaligen Jugoslawiens haben keine Zukunft, wenn die Einführung der Marktwirtschaft vorangetrieben und die gemeinsam aufgebaute Industriestruktur zerschlagen wird. Die einzige Lösung ist die Machtübernahme der Arbeiterklasse und der Aufbau einer demokratischen Planwirtschaft, die frei von jeglichen bürokratischen Fesseln ist. In einer Föderation sozialistischer Staaten des Balkans könnte die Wirtschaft entwickelt und so die Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden geschaffen werden.

Frank Klobes, Kassel
Jungsozialist



Bürgerkriegsopfer sind hauptsächlich an den Kämpfen unbeteiligte Zivilisten

chenland hinein. Durch die Anerkennung von Mazedonien fürchtet Griechenland das Aufkommen alter Gebietsansprüche. Die griechische Regierung fordert die Umbenennung des Staates, was Mazedonien kategorisch ablehnt. Die griechische Regierung schaukelt das Thema in der Öffentlichkeit hoch, um von den zunehmenden innen- und wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten (Staatsverschuldung, Kürzungspolitik, Privatisierungsvorhaben) abzulenken.

Selbst ein Bürgerkrieg in Serbien ist nicht ausgeschlossen. Die serbischen Nationalisten sind in sich gespalten. Ihr Spektrum reicht von ultra-nationalistischen Parteien (Serbische Radikale Partei und Tschetniks) bis zu Monarchisten und den regierenden ex-Stalinisten (SDS). Zwischen diesen Gruppen und

kapitalistischen Ländern beginnt der Konkurrenzkampf um die Vorherrschaft bei der wirtschaftlichen Ausbeutung des Ostens.

Anfang Juni bildeten die BRD und Frankreich ein gemeinsames Militärkorps. 35.000 bis 40.000 Mann soll diese Armee stark und schon am 1. Oktober 1992 einsatzbereit sein. Dieses Abkommen wurde von den USA heftig kritisiert. Sie sehen es als den Beginn einer Konkurrenz zur Nato.

Damit nicht genug der neuen militärischen Initiativen. Der UNO-Generalsekretär Ghali forderte den Aufbau einer militärischen Eingreiftruppe unter UNO-Kommando und Mitte Juni beschloß die Westeuropäische Union (WEU), alle EG-Länder außer Irland, Griechenland, Dänemark) die Aufstellung einer schnellen Eingreiftruppe für

Schirmherrschaft. Damit wurde eine 180 Grad-Wende in der Außenpolitik der kapitalistischen Staaten vollzogen. Aber auch wenn scheinbar Einigkeit herrscht: die einzelnen Mächte versuchen zwar, gemeinsam für eine Stabilisierung zu sorgen, streiten aber untereinander über die Macht auf dem Balkan.

Der Golfkrieg von 1991 ist eine Warnung: Unter dem Vorwand, der kuwaitischen und irakischen Bevölkerung helfen zu wollen, haben Bush und Co. die irakischen Städte und deren Bevölkerung bombardiert. Saddam Hussein ist weiter an der Macht und in Kuwait herrscht nach wie vor keine Demokratie. Die Verfolgung von Palästinensern und Oppositionellen hat zugenommen.

Auf kapitalistische Grundlage wird der wirtschaftliche Zerfall der ehemaligen jugoslawischen Staaten und in Ost-

Südafrika

Staatlich organisierter Terror gegen die Arbeiterklasse

Bei seinem Amtsantritt 1990 versprach Präsident de Klerk ein „neues Südafrika“. ANC-Führer Mandela und de Klerk traten lächelnd und händeschüttelnd vor die Kameras. Seit den Massenprotesten des ANC und dem Massaker von Boipatong redet die Regierung von verstärkter Unterdrückung und der ANC von erbittertem Widerstand.

Die 1990 begonnene Strategie der regierenden Nationalpartei drückt die Angst der Unternehmer vor dem Aufstand der schwarzen Arbeiterklasse aus. Sie können nicht in der alten Weise weiterregieren. Dazu kommt die Wirtschaftskrise mit einer Arbeitslosigkeit von zwischen sechs und acht Millionen und einem Fall der Investitionen um 8,5 Prozent im letzten Jahr. Ohne politische Stabilität bleiben ausländische Investitionen aus.

Also entschied sich die Regierung, die anrühmlichsten Teile der Apartheid zu beseitigen, Mandela freizulassen und ihn in die Gespräche über eine neue Verfassung und Wahlrecht für Schwarze hineinzuziehen (Codesa = „Konferenz für ein demokratisches Südafrika“).

Aber die Nationalpartei kann und wird nicht zulassen, daß die Mehrheit der Bevölkerung entscheidet. Das wird durch ihr Bestehen auf einer 75 Prozent-Mehrheit für eine neue Verfassung in einer verfassungsgebenden Versammlung bewiesen. Die Codesa-Gespräche wurden abgebrochen, weil die Regie-

rung nicht einmal die vom ANC vorgeschlagenen 70 Prozent akzeptierte.

Beide Varianten wären völlig undemokratisch. Eine Zwei-Drittel-Mehrheit könnte für eine neue Verfassung stimmen und dann von einer Minderheit blockiert werden. Die bestehende Verfassung und die Herrschaft der jetzigen Regierung mit ihren Sicherheitskräften bliebe bestehen.

Jedes weitere Zugeständnis von Mandela hätte die schwarze Bevölkerung als eine totale Kapitulation gesehen. De Klerk hat sein Blatt überreizt. Der Abbruch der Gespräche wurde durch die zunehmende Beweise für die Komplizenschaft der Regierung bei den Morden in den Townships und durch Korruptionsskandale beschleunigt. De Klerks Reformstrategie ist ein Scherbenhaufen.

Was sind die weiteren Perspektiven? Wie kann die schwarze Arbeiterklasse sich von Unterdrückung und Ausbeutung befreien?

VORAN sprach über die aktuellen Entwicklungen in Südafrika mit Tyrone Simpson, ANC-Aktivist in Südafrika.

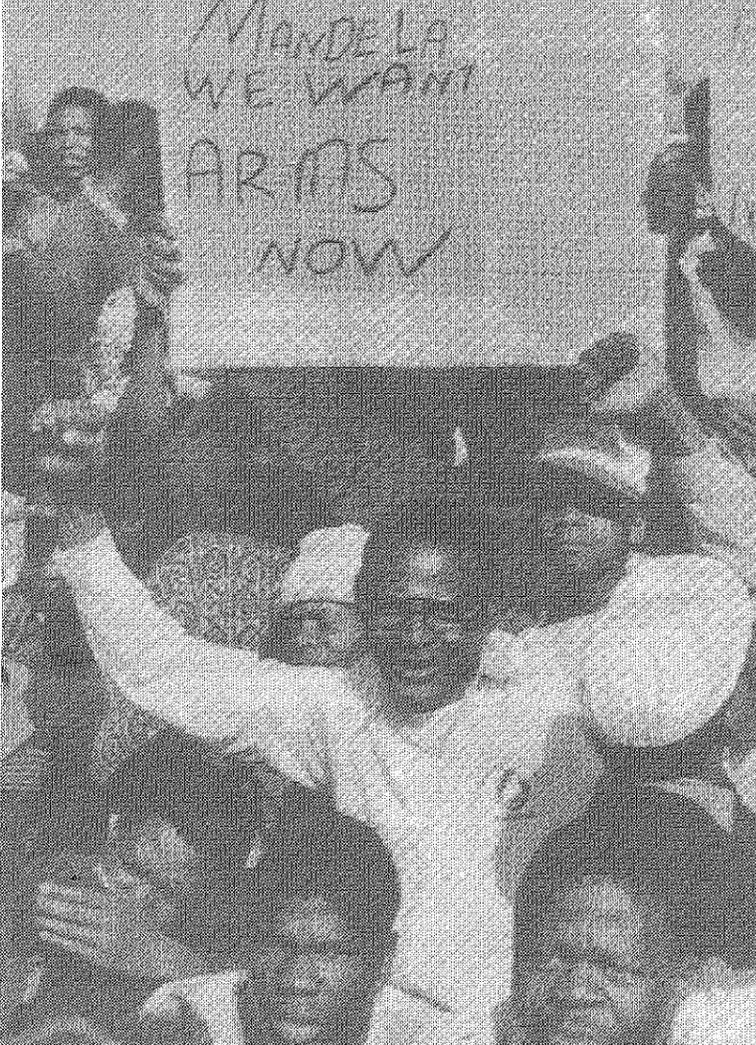
neten Inkatha-Gangstern entkommen, indem sie an einer Ampel aus den Fenstern kletterten – die Türen waren von innen nicht zu öffnen.

Die Regierung bestreitet die Beteiligung von Polizei und Militär an Inkatha-Aktionen, und in der deutschen Presse wird der Konflikt immer wieder als Stammesfehde zwischen Zulus und Xhosas dargestellt.

Der schwarzen Arbeiterklasse ist es völlig klar, daß Inkatha ein Werkzeug des Staates ist. Inkatha hat so gut wie

ausgeschlossen, weil sie die Gespräche zwischen den ANC-Führern und Inkatha kritisierten. Die Genossen warnten, daß Buthelezi als konterrevolutionärer Agent gegen die Arbeiterklasse benutzt werden würde.

Wir haben keine Freude daran, feststellen zu müssen, daß wir die blutige Wahrheit gesagt hatten. Anstatt den Fehler zu korrigieren, hat die Führung ihn verstärkt. 1985 wurden die Ausschüsse bekräftigt, obwohl der ANC-Führer Oliver Tambo auf dem ANC-



keine politische Unterstützung unter den Schwarzen. Den Inkatha-Mitgliedern droht der Tod, wenn sie austreten wollen. Viele sind einfach Gangster und Banditen, ein Teil sind Wanderarbeiter, die zur Mitgliedschaft gezwungen werden.

Der Inkatha-Führer Buthelezi behauptet, daß Inkatha die Vertretung der Zulus sei. Wie ist dann der Bürgerkrieg in der Provinz Natal zu erklären, wo 99 Prozent der Bevölkerung Zulus sind? Von 1987, als dort der Bürgerkrieg begann, bis 1989, dem Jahr der Ausbreitung nach Transvaal, sind in Natal 4.000 Menschen getötet worden. Wenn Buthelezi wirklich von den Zulus unterstützt würde, könnte es keinen Bürgerkrieg in Natal geben. Der Grund für den Krieg ist der Widerstand der schwarzen Arbeiter und Jugendlichen gegen den von Inkatha begonnenen Terror. Jede Meinungsumfrage zeigt (siehe Kasten, Anmerkung der Redaktion), daß Inkatha keine Unterstützung unter schwarzen Arbeitern hat, besonders nicht unter den Zulus. Die Zulus haben eine großartige Tradition des Kampfes gegen den Imperialismus, die Buthelezi für sich beansprucht – was für eine Beleidigung!

Warum konnte dann Inkatha zu einer solchen Bedrohung werden?

Buthelezis Stärke beruht auf der Unterstützung durch den Staat. Ohne den Staat ist er ein Nichts. Während der Staat die Gewalt von Inkatha organisiert, trägt die Politik der ANC-Führung nichts zur Lösung des Problems bei. Unterstützer der Marxistischen Arbeitertendenz des ANC wurden 1979

Kongreß selbst zugab, daß die Führung an der Bedrohung durch Inkatha schuld ist.

Die ANC-Führer setzten ihre auf tragische Weise falsche Politik fort. Nötig wäre es, Inkatha als Agent des Staates bloßzustellen und, wie die marxistische Arbeitertendenz es vorschlägt, ein soziales Programm mit Massenprotestaktionen für Wohnungsbau, Arbeitsplätze, Bildung und Gesundheitsversorgung aufzustellen, das mit der Gründung bewaffneter Verteidigungskomitees kombiniert wird. Auf diese Weise wüßten diejenigen, die aus Angst vor Rache in Inkatha bleiben, daß sie ohne Angst zum ANC wechseln können.

Stattdessen versucht die ANC-Führung, Buthelezi zu beschwichtigen, indem sie sich auf Friedensverhandlungen einläßt. Er betrachtet die Verhandlungen mit Verachtung einschließlich des nationalen Friedensabkommens, das im September 1991 von Nelson Mandela, Buthelezi und Präsident de Klerk unterzeichnet wurde. Buthelezi zeigte seine Einstellung gegenüber der Unterzeichnung des Abkommens, indem er 5.000 seiner Unterstützer aufmarschieren ließ, die vor dem Gebäude demonstrierten und unschuldige Passanten angriffen. Die Morde sind unvermindert weitergegangen.

Was sind die politischen Folgen des Massakers von Boipatong?

Boipatong hat vor dem Hintergrund der vielen anderen Greuelthaten die Einstellung der Arbeiter und Jugendlichen verändert. Bewaffnete Verteidigungskomitees werden jetzt gegründet, unabhängig und zum Teil gegen den Wil-

Philemon Mauku

Freiheit für

Philemon Mauku, Unterstützer der Marxistischen Arbeitertendenz des ANC aus dem Township Alexandra wurde zu einer 5-jährigen Gefängnisstrafe verurteilt, weil er Waffen für die Verteidigung seines Wohnviertels gegen Inkatha beschafft hat. Er kommt frühestens im Dezember 1993 auf Bewährung frei.

Schreibt Solidaritätsbriefe, um ihm die weltweite Unterstützung für den Kampf für seine Freilassung zu zeigen:

c/o Philemon Mauku Campaign, PO Box 53514, Troyville 2139, Johannesburg, South Africa.

len der ANC-Führung. Für die ANC-Basis ist die bewaffnete Selbstverteidigung eine Frage auf Leben und Tod, während sie für die ANC-Führung nur Teil der Verhandlungsmasse bei den Gesprächen mit der Regierung ist.

Weit davon entfernt, die Arbeiterklasse zu demoralisieren, haben die Greuel von Boipatong dafür gesorgt, daß zunehmende Teile der Arbeiterklasse erkennen, daß dieses Regime keinerlei Absicht hat, seine Macht aufzugeben. Die Gegenoffensive hat begonnen.

In Dobsonville, Soweto, haben Jugendliche Bulldozer benutzt, um ein örtliches Inkatha-Wohnheim zu zerstören. Auch in anderen Teilen von Transvaal wurden Inkatha-Wohnheime angegriffen.

Die Metallarbeiter der Region Pretoria/Whitwatersrand/Vereeniging streikten und demonstrierten vor dem Büro der Iscor-Stahlgesellschaft, die das Wohnheim von Boipatong besitzt, um die Schließung des Wohnheims zu fordern. Die Gesellschaft hat der Schließung zugestimmt. Die Regierung wurde zum Rückzug gezwungen und mußte das Begräbnis der Opfer von Boipatong am 29. Juni zum nationalen Feiertag erklären. Die südafrikanische und die internationale Kapitalistenklasse hat enormen Druck auf de Klerk ausgeübt, um so ein Klima für die baldige Wiederaufnahme der Verhandlungen zu schaffen. Obwohl die ANC-Führer versprochen haben, daß ihre Kampagne von Massenprotesten den Sturz der Regierung zum Ziel hat, ist es recht wahrscheinlich, daß sie de Klerks Versprechen, internationale Beobachter einzubeziehen, für ausreichend halten, um die Verhandlungen wiederaufzunehmen.

Es ist offensichtlich, daß der Abbruch der CODESA-Gespräche (Konferenz für ein demokratisches Südafrika) und das Massaker die Arbeiterklasse und die Regierung nahe an eine große Konfrontation gebracht haben. Aber weder die ANC-Führer, die eine Arbeiterrevolution verhindern wollen, noch die Regierung, die den ANC in die Regierung einbeziehen will, um die Lage zu stabilisieren und die Macht zu retten, werden die Entwicklung eines Bürgerkriegs in Südafrika zulassen.

Darum ist es wahrscheinlich, daß die Verhandlungen nach einiger Zeit und mit einigen Schwierigkeiten wieder aufgenommen werden.

Aber mit jedem Abbruch der Verhandlungen wird der Arbeiterklasse klarer, daß es kein dauerhaftes Abkommen geben kann. Am Ende wird die Arbeiterklasse ihre nationale Befreiung und soziale Emanzipation nur im Kampf für den Sturz des Kapitalismus und den Aufbau einer Arbeiterdemokratie in Südafrika sichern können – auf der Grundlage des Programms der Marxistischen Arbeitertendenz des ANC.

Interview mit Tyrone Simpson, Unterstützer der Marxistischen Arbeitertendenz des ANC

Voran: Was ist in Boipatong genau passiert?

Tyrone Simpson: 200 schwer bewaffnete Inkatha-Unterstützer aus dem KwaMadala-Wohnheim wüteten wie die Tiere unter den unbewaffneten Bewohnern und ermordeten 42 Menschen. Die südafrikanische Polizei brauchte mehr als 120 Stunden nach dem Massaker, bevor sie Leute festnahm oder Untersuchungen in dem Wohnheim anstellte. Diese Verspätung ist kein Zufall. Die Einwohner gehen davon aus, daß die Polizei an der Gewalt beteiligt ist. Die Angreifer wurden mit Polizeifahrzeugen in die Townships (Von Schwarzen bewohnte Vorstädte, Anmerkung der Red.) gefahren und wieder zurück in die Wohnheime gebracht. Dieses Vorgehen ist oft wiederholt worden, seit Inkatha die Welle des Terrors mit der Transvaal-Offensive von 1990 begann. Unter den Opfern ist Maria Molo, die im neunten Monat schwanger war. Man schoß ihr durchs Herz und zerfetzte dann ihren Körper. Der neun Monate alte Aaron Mathope wurde mit einem Speer durch das Herz getötet. Es gab Massaker, bei denen mehr Menschen getötet wurden. Aber dies war für die schwarze Bevölkerung der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte. Deshalb das große Aufsehen, das dieser Vorfall erregt hatte.

Was steckt hinter Inkathas Terror?

Seit de Klerks Regierungsübernahme 1990 haben mehr als 7.000 Schwarze ihr Leben verloren. Der kombinierte Terror von Staat und Inkatha ist Teil einer bewußten und gezielten Strategie der Regierung. Sie geht bei den Verhandlungen hart vor, um Zugeständnisse zu erreichen und gleichzeitig versucht sie gezielt, die Autorität des ANC zu untergraben, indem sie gegen die schwarze Arbeiterklasse vorgeht und den ANC machtlos gegenüber diesem brutalen Terror erscheinen läßt.

Die Methoden Inkathas haben verschiedene Entwicklungsstufen durchgemacht. Es fing mit der Nutzung der Wohnheime der schwarzen Wanderarbeiter als militärische Stützpunkte für die Angriffe in den Townships an. Sie gingen dann weiter und begannen Angriffe auf Züge, bei denen Inkathagruppen durch die Abteile zogen und die Menschen mit Macheten ermordeten oder aus dem Zug warfen.

Sie erschossen aus schnellfahrenden Autos Leute, die an Taxiständen oder Bushaltestellen warten. Jetzt haben sie die Methode weiterentwickelt, indem sie selbst die Taxis fahren und während der Fahrt die Fahrgäste erschießen. Zwei Unterstützer der Marxistischen Arbeitertendenz, die neulich im Township Alexandra in ein solches Taxi einstiegen, konnten knapp den mitfahrenden, mit Maschinenpistolen bewaff-

Inkatha – Eine Marionette der Herrschenden

- „Meinungsumfragen belegen, daß Inkathas Unterstützung bei zwei Prozent liegt, wobei die Bewegung unter Weißen proportional mehr Anhänger hat als unter Schwarzen.“ (Süddeutsche Zeitung vom 22.7.1991.)
- Im Juli letzten Jahres wurde erstmals bewiesen, daß die südafrikanische Regierung die Inkatha-Bewegung finanziert hat. Die Gelder (umgerechnet mehrere Hunderttausend DM waren belegbar, die wirkliche Summe wird weit höher liegen) wurden heimlich über die Sicherheitspolizei ausgezahlt. Die Enthüllungen lösten eine politische Krise aus und sorgten international für Aufsehen, geändert hat sich jedoch nichts.
- Allein für den Bewilligungszeitraum von 1990 bis 1992 flossen 6,6 Millionen DM deutscher Steuergelder aus Mitteln des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit an Inkatha (Teil der sogenannten Entwicklungshilfe). Die Gelder werden über die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung vergeben. „Unser Projekt gilt der Stärkung des Demokratiedenkens.“ sagte dazu der Vertreter der Stiftung in Südafrika, Günther Karcher. (taz vom 10.8.1991)

Lafontaine-Skandal

Alltägliche Selbstbedienung aus der Staatskasse

Wieder ein Diätenskandal. Diesmal hat „unser lieber Oskar“ rund 100.000 DM zusätzlich zu seinen ohnehin fürstlichen Bezügen von über 25.000 DM monatlich eingesackt, angeblich ohne es zu merken. Würdet Ihr es übersehen, wenn Ihr 2977,99 DM monatlich zuviel auf dem Konto hättet?

CDU und FDP sind die Parteien der Unternehmer. Von deren Politikern ist nichts anderes zu erwarten, als daß sie die Interessen ihrer Klientel vertreten und sich dafür kräftig belohnen. Aber die SPD als Partei, die für die Vertretung der Interessen der Arbeiter aufgebaut wurde, sollte nicht die der Wirtschaftsbörsen vertreten. Deshalb dürfen SPD-Politiker ihr Gehalt auch nicht mit dem von Managern der Privatwirtschaft vergleichen. Da unsere „Spitzengenossen“ ein Vielfaches von dem verdienen, womit Normalsterbliche auskommen müssen, sind sie abgehoben und haben eine völlig andere materielle Lage als ihre Basis und Wähler.

Ablenkungsmanöver

Für bürgerliche Politiker ist das ganze natürlich eine willkommene Gelegenheit, um von ihren eigenen Sauerreien abzulenken. Lafontaine will nicht „allein zum Schwein der Nation gemacht“ werden. Er hat recht - sein Verhalten unterscheidet sich in nichts von dem der Politiker von CDU und FDP - genau das macht ja viele Arbeitnehmer, die von der SPD eine andere Politik erwarten, so wütend.

Es ist angeblich nicht genug Geld in den öffentlichen Kassen, um ausreichend Wohnungen zu bauen, den Pfl-

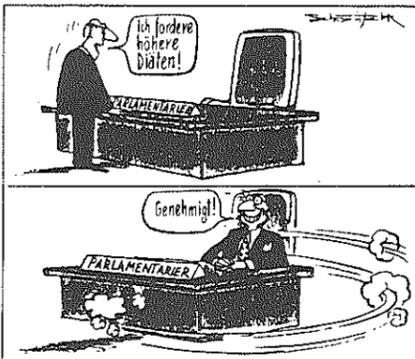
genotstand durch Einstellungen zu beheben, ein funktionierendes und billiges öffentliche Verkehrssystem anzubieten, genügend Lehrer einzustellen etc. Aber für Politiker und Parteien scheint immer genug Geld vorhanden zu sein. Die Bundestagsfraktionen haben von 1966 bis 1991 ihre Gelder verdreifacht und für die parteilichen Stiftungen sind die staatlichen Zuweisungen von 14 Millionen im Jahr 1966 auf 530 Millionen 1991 gestiegen.

Alle Jahre wieder demonstrieren die Politiker die „Einigkeit der Demokraten“ und genehmigen sich satte Diätenerhöhungen. Zum Beispiel in Rheinland-Pfalz in 30 Monaten um 36%! Nebenbei haben die Politiker meist lukrative Nebeneinkünfte wie Aufsichtsratsposten von durchschnittlich 20.000 DM pro Jahr (Laut Handelsblatt). IG Bergbau-Chef Hans Berger (SPD) hat allein neun solcher Posten.

Rechte Politik = Korruption

Oskar Lafontaine trieb den Zynismus auf die Spitze. Er fiel den Gewerkschaften mit der Forderung nach Flexibilisierung und Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich in den Rücken. Als saarländischer Landeschef stellte er 1990 für die Bewohner des Sammelagers in Lebach die Sozialhilfeauszahlungen auf die Ausgabe von Bezugsscheinen um, eine diskriminierende Maßnahme, der dann andere Bundesländer folgten. Gleichzeitig verfügte er kräftige Steuernachlässe für Industriebetriebe.

Er predigt also öffentlich Wasser — und trinkt selbst den guten Wein, den



ihn zum Beispiel der extra für die saarländische Vertretung in Bonn eingestellte Spitzenkoch aussucht.

Diese schamlose Beteiligung an der von den bürgerlichen Politikern praktizierten legalen und illegalen Korruption hängt direkt mit der rechten und pro-kapitalistischen Politik der SPD-Führung zusammen. Ähnliches gilt auch für die Spitzen der Gewerkschaften. Dies hat sich in der ÖTV-Tarifrunde noch einmal besonders gezeigt. Für Monika Wulf-Mathies hat es keine materiellen Folgen, sich letztlich den Argumenten der Arbeitgeber zu beugen, da es bei ihrem Einkommen auf ein paar hundert Mark mehr oder weniger nicht ankommt (siehe auch Artikel zum ÖTV-Kongress auf Seite 11).

Um diese Abgehobenheit zu verhindern, sollten Funktionäre in SPD und Gewerkschaften nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen dürfen. Um eine wirkliche Kontrolle der Funktionäre zu erreichen, muß die Möglichkeit der jederzeitigen Wahl- und Abwählbarkeit gegeben sein.

Der Kampf für diese Forderungen muß mit dem Kampf für neue, kämpferische Führungen und eine grundsätzliche Wende in der Politik von SPD und Gewerkschaften verbunden werden.

Daniel Behruzi, Aachen
Jungsozialist

Dafür kämpft VORAN:

- ★ Ein massives staatliches Programm zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus, des öffentlichen Personennahverkehrs bei Nulltarif, des Bildungs- und Gesundheitswesens sowie von Umweltschutzmaßnahmen.
- ★ Arbeit für alle. Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung.
- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Ost- und Westdeutschland, für Männer und Frauen, Deutsche und Ausländer.
- ★ Garantiertes Mindesteinkommen (einschließlich Renten) von 1800 DM netto für alle ab 18 Jahre.
- ★ Steuerreform mit dem Ziel der Abschaffung aller indirekten Steuern auf den Massenverbrauch und Steuerprivilegien für die Reichen; einfaches Steuersystem mit direkter, einkommensbezogener Besteuerung bei starker Progression (d.h. höhere Belastung der Großverdiener).
- ★ Bleiberecht für alle Ausländer und volle rechtliche Gleichstellung mit deutschen Bürgern.
- ★ Volles Wahlrecht auf allen Ebenen für alle in Deutschland lebenden Menschen ab 16 Jahren.
- ★ Ersatzlose Streichung des §218; Kostenlose Verhütungsmittel; hundertprozentige qualifizierte Versorgung mit staatlichen Kinderbetreuungseinrichtungen für alle Kinder zum Nulltarif.

- ★ Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. garantierten Ersatzarbeitsplätzen für die Beschäftigten.
- ★ Keine Privatisierung staatlicher Betriebe in Ost und West, Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen im Westen; demokratische Verwaltung durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. 1/3 Vertreter von Belegschaft, Gewerkschaft und Staat), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.
- ★ Statt kapitalistischer Verschwendung und bürokratischer Mißwirtschaft: für einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Umwelt.
- ★ Keine Unterordnung der SPD-regierten Städte, Landkreise und Länder unter die Zwänge der von der Bundesregierung vorgegebenen Spar- und Steuerpolitik. Stattdessen gemeinsamer Widerstand mit den Gewerkschaften gegen Kohl und Kapital.
- ★ Die SPD muß die arbeitende Bevölkerung für ein solches sozialistisches Programm mobilisieren.
- ★ Ein sozialistisches Deutschland müßte ein erster Schritt zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa und einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung im Interesse der Ausgebeuteten und Unterdrückten sein.

Kampffonds 40 Jahre BILD sind genug!

Am 24. Juli feiert die BILD-Zeitung ihr 40jähriges bestehen. Mit Plakaten und Anzeigen präsentiert sie sich als „Anwalt des kleinen Mannes“ oder als Zeitung „wie Du und ich“. Doch hinter der BILD-Zeitung steht das Medienimperium des Springer-Konzern mit 3 Mrd DM Umsatz und 91,8 Mio DM Gewinn schon 1989. Beim Streik im öffentlichen Dienst wie auch in allen anderen gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen zeigt sich doch in aller Regelmäßigkeit, daß die BILD-Zeitung auf seiten der CDU und der Arbeitgeber steht. Das kann auch gar nicht anders sein - warum sollte ein kapitalistischer Großkonzern gegen sich selbst Propaganda machen?

Die Massenmedien sind ein wichtiges Instrument in den Händen der Herrschenden, um Sündenböcke für gesellschaftliche Probleme aufzubauen und ihre eigenen Privilegien zu begründen. In der Tarifrunde waren die Gewerkschaften an den Problemen schuld, danach wieder „die Asylantenflut“. Wirkliche Information für die Masse der Bevölkerung wird es nur geben, wenn die Massenmedien unter demokratischer Kontrolle stehen und nicht von wenigen superreichen Managern gestaltet werden.

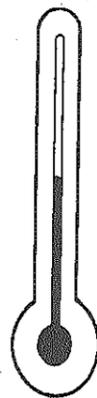
Uns stellt Springer die Massenmedien natürlich nicht zu Verfügung. Die Möglichkeit, unser Programm gegen die Bonzen und ihre Profitwirtschaft zu verbreiten, hängt davon ab, daß Ihr diese Zeitung auch finanziell unterstützt. Besonders im Sommer, wo viele mit ihrem sauer verdienten Urlaubsgeld wegfahren und ihre Sorgen mal vergessen wollen, entsteht bei uns ein Loch in der Kasse. Darum unsere Bitte an alle

VORAN-Unterstützer und Leser: Spenden für VORAN!

Im zweiten Quartal haben wir bisher 9139 DM erhalten, 52% von unserem Ziel. Auf dem diesjährigen Pfingstcamp der Jusos konnten über 1800 DM zugunsten des Kampffonds eingenommen werden, hauptsächlich über T-Shirts und Broschürenverkauf. Bitte schickt uns so schnell wie möglich alles im Juni gesammelte Geld. Im dritten Quartal haben wir ein Ziel von 15.500 DM. Möglichkeiten zum Kampffondssammeln gibt es im Sommer z.B. durch Infostände bei Festivals mit linkem Publikum, wo an Infoständen auch Getränke und T-Shirts verkauft werden können. Aber auch über Flohmärkte kann an einem Tag viel Geld zugunsten des Kampffonds eingenommen werden.

Fiz Garvie, Redaktion

Ziel	17.500,-
2. Quartal 1992	9.139,39



Spendenkonto:
VORAN, Postgiroamt Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430

ihr da oben ...

Wohl bekommt's!

Klaus Friedrich, ein Chefökonom in der Frankfurter Zentrale der Dresdner Bank, brachte die Einstellung des Kapitals bezüglich der deutschen Wiedervereinigung auf den Punkt: Die Vereinigung sei zwar ein Schock, würde aber erfolgreich bewältigt werden. „Es ist wie eine Python, die ein Schaf verschluckt hat. Sie braucht Zeit zum verdauen“ (Financial Times, 17.6.92).

Das Schaf (=ostdeutsche Bevölkerung) kann sich also darauf freuen, „erfolgreich bewältigt“ zu werden!

Mafia-Geld in Ex-DDR

Nach Erkenntnissen des italienischen Geheimdienstes „Sismi“ stammten von den bisherigen Investitionen in Ostdeutschland 72 Milliar-

den aus Mafia-Kanälen, was einem Drittel der Gesamtinvestitionen von 1991 entspricht. Das berichtet der Berliner Vize-Landeschef des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, Holger Bernsee. Die Ex-DDR sei dabei, „größte Geldwaschanstalt des organisierten Verbrechens zu werden“.

Beruhigend für den größten Kanzler aller Zeiten, daß wenigstens die Mafia seine Appelle an die Privatwirtschaft, mehr im Osten zu investieren, ernst nimmt.

Deutsche Waffen, deutsches Geld ...

Nach den blutig unterdrückten Demonstrationen zum kurdischen Neujahrsfest im März sah sich die Bundesregierung genötigt, gegenüber der türkischen Regierung Empörung zu zeigen. Das Schicksal der türkischen Kurden ging Kohl offenbar so ans Herz, daß er sogar den für illegale Waffenlieferungen an die Türkei verantwortlichen Verteidigungsminister Stoltenberg zurücktreten ließ.

Kaum drei Monate später wird wieder zur Tagesordnung übergegangen. Anfang Juni kündigte die Bundesregierung an, ihre Waffenlieferun-



gen an Ankara wiederaufzunehmen. Beim Schutz ihrer „territorialen Integrität“ habe die Türkei die volle Rückendeckung Bonns, sagte der Bonner Botschafter in Ankara, Eickhoff.

... morden mit in aller Welt!

Ausgerechnet am 17. Juni, dem Jahrestag des Aufstands ostdeutscher Arbeiter gegen die stalinistische Diktatur in der DDR von 1953, hat der deutsche Bundestag beschlossen, die gegen China verhängten wirtschaftlichen Teilboykottmaßnahmen bis zum Jahresende auszusetzen. Die Sanktionen waren nach dem Massaker der chinesischen Stalinisten auf dem „Platz des himmlischen Friedens“ verhängt worden. Trotz der vermehrten Berichte über eine Zunahme von Folter und Unterdrückung in China sollen sie jetzt wieder aufgehoben werden.



... wir hier unten

Ich möchte

VORAN
unterstützen und bitte
um weitere Informationen

Name _____

Anschrift _____

Telefon _____

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 02 21/13 45 04



Ich möchte

- VORAN abonnieren, 10 Ausgaben zu 18,- DM
- zusätzlich _____ Exemplare von jeder Ausgabe zum Weiterverkaufen (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- ein VORAN-Förderabo zu DM _____ beziehen (ab 30,- DM)
- NEU: ein VORAN-„Schnupperabo“, 3 Ausgaben zu 5,- DM

Name, Anschrift, Telefon _____
Bitte Summe auf Spendenkonto überweisen (s. Kampffonds). Keine automatische Abo-Verlängerung.

ÖTV-Kongreß 1992

Neue Führung muß her

„Komm du mir ja nicht heim und es ist dieselbe Führungsspitze noch da oben.“ So zitierte eine Kongreßdelegierte die Stimmen an ihrer Basis vor dem Kongreß. Zurück aus Nürnberg muß sie ihren Kollegen erklären, warum es keine neue Führung gibt.

In über 100 Redebeiträgen wurde zwar eine Generalabrechnung mit dem geschäftsführenden Vorstand und der Großen Tarifkommission vorgenommen und Forderungen nach „offensiven Strategien“, „kämpferischer Gewerkschaftspolitik“, „härterer Gangart“, „Beseitigung der Bürokratie“, „Erneuerung des ganzen ÖTV-Apparats“ gestellt. Am Ende wurde aber der alte Vorstand im wesentlichen wiedergewählt. Und mit dem ist diese Politik nicht zu machen.

Monika Wulf-Mathies und Co. reduzierten ihre Selbstkritik auf formale Punkte. In der Sache gab es aber keine Spur von Meinungswechsel. Der geschäftsführende Hauptvorstand verteidigte voll den Abbruch des Streiks und die Annahme des Abschlusses.

„Betriebsärzte“ Spitzel des Großkapitals!

Die Arbeitgeber haben laut „Arbeitsmediziner“ die arbeitsmedizinische Betreuung der Arbeitnehmer zu gewährleisten, was in größeren Betrieben meist durch die sogenannten Betriebsärzte geschieht.

In der Praxis läuft diese „Betreuung“ aber darauf hinaus, die krankheitsbedingten Kosten für die einzelnen Unternehmer möglichst gering zu halten und sie auf die einzelnen Arbeitnehmer und die Allgemeinheit abzuwälzen. Von einem Vertrauensverhältnis zwischen den Betriebsärzten und ihren „Patienten“ kann also keine Rede sein.

Schon bei der Einstellungsuntersuchung achten die Betriebsärzte darauf, ob die Bewerber irgendwelche Beschwerden oder Krankheiten haben, die ihrem jeweiligen Unternehmer Kosten verursachen könnten. Wer durch seine bisherige Arbeit krank wurde oder älter ist, hat es deshalb schwer, einen Arbeitsplatz zu finden. Auch wer öfter einmal arbeitsunfähig ist oder eine Kur braucht, was zumeist an ungesunden Arbeitsbedingungen liegt, wird zum Betriebsarzt geschickt. Dieser versucht dann herauszufinden, wie sein Unternehmer die Kosten abwälzen kann, oder ob gar größere Forderungen des Arbeitnehmers, z. B. wegen Berufsunfähigkeit, drohen. Folgen der Spitzeltätigkeit der Betriebsärzte können Lohnverluste durch medizinisch nicht begründbare Versetzungen oder gar Kündigungen sein – oder man wird gar nicht erst eingestellt. Es ist daher am besten, beim Betriebsarzt nur belanglose Angaben zu machen.

Den Gipfel der Heuchelei stellen die „Ärzte“ der Industrie- und Handelskammern dar, die gleichfalls von den Unternehmern bezahlt werden. Sie haben als „Sachverständige“ zu entscheiden, was als Berufskrankheit gilt und welche Stoffe als gesundheitsgefährdend anzusehen sind. Da sie im Interesse der Unternehmer handeln, bekommt kaum ein Arbeitnehmer Schadenersatz, wenn er durch die Arbeit krank geworden ist. In diesen Fällen setzen die Unternehmer auf die Zeit, denn wer krank ist, hat oft nicht die Kraft, um sich in einem Jahre andauernden Rechtsstreit durchzusetzen,

Tarifwende gerechtfertigt

Außerdem wurden der Basis illoyales Verhalten gegenüber der Führung und überzogene Tarifforderungen vorgeworfen. Der Kern der Botschaft der ÖTV-Führung besteht in der politischen Rechtfertigung und Fortführung der Wende in der Tarifpolitik. Die Mitgliedschaft solle bei ihren Forderungen an Lohnerhöhungen künftig mehr die leeren Staatskassen berücksichtigen. Dann würden von vorneherein niedrigere Forderungen aufgestellt und die Unzufriedenheit wäre dann nicht so groß, wenn am Ende nicht viel dabei herauskommt. Originalton Wulf-Mathies: „die 150 Milliarden, die jedes Jahr in die neuen Länder transferiert werden, können nun einmal im Westen nicht mehr ausgegeben werden“. Das haben die ÖTVler vor kurzem auch von Seiters gehört.

Für die nächste Tarifrunde wurde den Delegierten mit nach Hause gegeben, daß der ÖTV-Vorstand den 3 Prozent-Abschluß der IG Metall für 1993 auch als bedeutsam für den öffent-

chen Dienst betrachte. Michael Wendl, stellvertretender Vorsitzender des Bezirks Bayern, warf dem Hauptvorstand richtigerweise vor, sich die Argumente der Arbeitgeber zueigen zu machen. Ein anderer Delegierter gab dem Rechenschaftsbericht den Titel „Leitfaden für Selbstbeschränkung und Verzicht“. Nach diesem Kongreß ist der Gegensatz zwischen Führung und aktiver Basis in der ÖTV nicht kleiner, sondern größer geworden.

Vorstandswahl ohne Alternativen

Die 68,5 Prozent Ja-Stimmen für Wulf-Mathies sind alles andere als ein Gradmesser für die Unterstützung ihrer Politik – zumindest im Westen. Insider gingen davon aus, daß die 300 Ost-Delegierten fast vollständig für Wulf-Mathies gestimmt haben. Das bedeutet aber, daß sie bei den West-Delegierten keine Mehrheit mehr hinter sich hatte bzw. gegenüber ihrer Wiederwahl 1988 über 30 Prozent an Zustimmung verloren hätte. Ihr Vorstandskollege und Tarifexperte Hanss entzog sich einer drohenden Abwahl durch Rücktritt drei Tage vor dem Kongreß. Er wurde allerdings durch einen neuen Wunsch-Kandidaten des Vorstands ersetzt: Peter Blechschmidt.

Das für den Gesundheits- und Sozialbereich zuständige Vorstandsmitglied Ulrike Peretzki-Leid fiel bei der Wahl durch und erhielt damit die Quidung für die miserable Politik der ÖTV in diesem Bereich. Sie wurde mit dem besten Wahlergebnis (88,75 Prozent) durch Ursula Derwein ersetzt, die gleichzeitig das erste Mitglied der Grünen in einem Hauptvorstand einer Einzelgewerkschaft ist. Allerdings ist sie auch Kommunalpolitikerin und da fragt sich, ob die gelernte Krankenschwester in der Gewerkschaftspolitik genauso vor den Sachzwängen leerer Stadtsäckel kapituliert wie die SPD-Stadträte, zumal der Rest des Vorstands sie an die Kandare nehmen wird.

Daß der alte Vorstand im wesentlichen im Amt bestätigt wurde, lag schlicht und einfach daran, daß es kei-

Ost-Berlin

Spontane Streiks im Öffentlichen Dienst

5.000 Ost-Berliner Beschäftigte der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) legten im Juni ohne Aufruf der ÖTV-Führung spontan die Arbeit nieder. Busse, Straßenbahnen und einige U-Bahn Linien standen still.

Spiegelbildlich wiederholte sich die Situation vom Mai, als auf der Westseite der Tarifmauer alle „öffentlichen Räder“ still standen. Die KollegInnen for-



Kritiker mit Protestplakaten durften das Kongreßgebäude nicht betreten.

ne personelle Alternativen gab. Viele hauptamtliche Funktionäre, allen voran die Bezirksführer, nutzten den Kongreß, um Dampf abzulassen. Sie versuchten so, auf Kosten des Hauptvorstands ihre eigene Hausmacht zu stärken, ohne grundsätzlich eine andere Politik zu vertreten.

Sie hatten kein Interesse, sich durch eine Wahl an die oberste Spitze der ÖTV in die Schußlinie zu bringen. Diejenigen, die für eine andere Politik eintraten, wie z.B. der oppositionelle stellvertretende bayrische Bezirksvorsitzende Michael Wendl, waren nicht darauf vorbereitet, den Hauptvorstand herauszufordern. Eine Einzelkandidatur lehnte Wendl ab, aus Angst in diesem Vorstand abserviert zu werden. Diese Angst kommt nicht von ungefähr. Wenn es nach dem Willen des Hauptvorstands gegangen wäre, wäre er wegen seiner harten Kritik des vorletzten Tarifabschlusses längst fristlos entlassen.

Neue Führung aufbauen

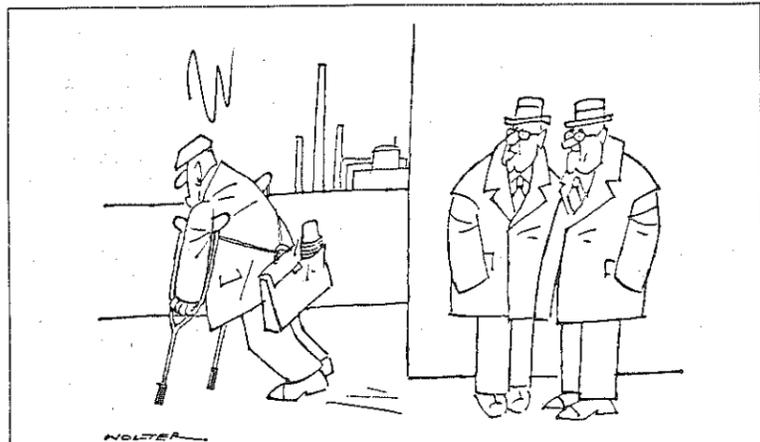
Doch am Aufbau einer neuen Führung in der ÖTV führt kein Weg vorbei. Und eine neue Führung fällt nicht vom Himmel. Sie muß von unten aufgebaut werden und sich nicht wie der jetzige Vorstand den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eines krisengeschüttelten Kapitalismus unterwerfen, sondern den Kampf gegen die Herrschaft der Konzerne und Banken und für eine demokratische, sozialistische Gesellschaft führen. Schließlich ist Geld genug für die berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer da – es ist nur in den

falschen Händen. Diese Schlußfolgerung sollten kritische Kongreßdelegierte und ÖTV-Mitglieder aus den Erfahrungen von Streik und Kongreß ziehen.

Die innergewerkschaftliche Opposition muß sofort damit beginnen, den in zwei Jahren stattfindenden programmatischen Sonderkongreß mit einer geschlossenen inhaltlichen Alternative zur Linie des Hauptvorstands zu konfrontieren. Es muß dafür gekämpft werden, daß mehr nicht-hauptamtliche Funktionäre und Aktivisten zu Delegierten gewählt werden und es muß auch eine personelle Alternative zum bisherigen Vorstand sichtbar werden. Der am Anfang erwähnten Delegierten bleibt nichts anderes übrig, als dies ihrer Basis klar zu machen und sie für die aktive Mitarbeit für dieses Ziel zu gewinnen.

Die vom wiedergewählten Vorstand angekündigte „Reform der ÖTV an Haupt und Gliedern“ muß von der Basis selbst in die Hand genommen werden, sonst wird die Kampfkraft der ÖTV-Mitglieder, die sich in der diesjährigen Tarifrunde gezeigt hat, in den nächsten Jahren wieder nicht voll genutzt werden. In diesem Jahr konnte den Arbeitgebern trotz den Bremsmanövern der Führung eine Niederlage beigebracht werden – auch wenn der Abschluß für die Beschäftigten einen Reallohnverlust bedeutet. Für die nächsten Jahre drohen jedoch große Niederlagen, wenn die Führung ihren Kurs fortsetzen kann.

Dieter Janßen, Stuttgart
Krankenpflegeschüler und
ÖTV-Mitglied



„Der Arbeitsmoral hat die Rezession jedenfalls gutgetan; noch vor Jahresfrist hätte der da glatt eine Kur beantragt!“

dernten die sofortige Anhebung der Löhne auf 80 Prozent des Westlohns. Zwar hatte der Berliner Senat unter dem Druck der Beschäftigten schon eine vom Tarifabschluß der neuen Länder abweichende, von Juli 93 auf Oktober 92 vorgezogene Zahlungsvereinbarung mit der ÖTV-Verhandlungsleitung vereinbaren müssen. Trotzdem fühlen sich viele KollegInnen zu Recht verschaukelt.

Die Landespolitiker von CDU und SPD hatten während der Tarifrunde behauptet, 80 Prozent wären im Haushalt schon eingerechnet, und sie hatten noch vor dem Wahltermin große Sprüche geklopft. Dieppgen hatte ja schon zur Abgeordnetenhauswahl 1990 großmäulig „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ versprochen.

Auf der Kundgebung der ÖTV vor dem Roten Rathaus, an der rund 700 Beschäftigte teilnahmen, wurde er dann auch mit lauten „Buh“- und „Lügner“-Rufen belegt und sein Gelaber ging häufig in gellenden Pfeifkonzerten unter. Der Regierende bat die Streikenden, die Situation in Berlin „nicht noch weiter zu komplizieren“.

Jeder wußte, daß nicht die Protestierenden, sondern der Bittende selbst die Lage kompliziert. So faßte ein 28-jähriger Straßenbahnkutscher für alle zu-

sammen: „Es reicht vorne und hinten nicht“. Als Vater von drei Kindern trage er nur 1.700 DM monatlich nach Hause, bei einer Miete von inzwischen 700 DM. Für gleiche Arbeit müsse es auch gleichen Lohn geben, und „von jetzt an die 80%“.

Wie so oft waren die ÖTV-Führer von der Stärke des Protests überrascht. Kein Wunder, denn mit dem drei-, vier- oder fünffachen Einkommen eines beitragszahlenden Mitglieds staut sich eben nicht so viel Wut über das herrschende System an. Kurt Lange, der Berliner ÖTV-Vorsitzende, gab dann auch unumwunden zu, daß der Protest „stärker ist, als wir erwartet haben. Daran sieht man, wie sehr die Ost-Berliner Beschäftigten sich verletzt fühlen.“ Die ÖTV habe die Lage aber im Griff.

Den hohen Funktionären muß es erst so richtig in den Ohren schallen bevor sie wirklich zuhören. Kurt Lange sollte die Transparente lesen, auf denen Nachverhandlungen und der Kurs für die nächste Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern eingeklagt wurden: „100 % müssen wir kriegen, sonst bleibt die halbe Arbeit liegen“

Thomas Berger, Berlin
Jungsozialist

VORAN

Inhalt

Nach der Umwelt-Konferenz Seiten 6/7
Sterilisationswelle im Osten Seite 3
Staatlicher Terror in Südafrika Seite 9

Zeitung der Marxisten in SPD, Jusos und Gewerkschaften

Nr. 143 – Juli-August 1992

1,- DM – Solidaritätspreis: 2,- DM

Billige und menschenwürdige Wohnungen für alle in Ost und West

Für sofortigen Mietpreisstopp!

Auf dem Bonner Mist wächst bekanntlich viel Unkraut. Die neueste Spezies ist die neufünfländische Mieterhöhung, die von der Bundesbauministerin Irgard Schwaetzer vorgeschlagen wurde. Sie wird eine beispiellose Mietenexplosion zur Folge haben.

In Einzelfällen kann die Miete für eine Wohnung bis um das Dreifache steigen, die Mieten werden im Durchschnitt Westniveau erreichen. Das durchschnittliche Einkommen allerdings liegt im Osten weit unter Westniveau, ebenso der Zustand der meisten Wohnungen. In Lichtenberg beispielsweise, einem Ostberliner Bezirk, sind 52.000 Wohnungen dringend sanierungsbedürftig.

Die Bundesregierung setzt ihre Kürzungspolitik fort. Wir erinnern uns, welche Versprechen ein Herr Kohl den Bürgern der DDR 1990 gegeben hat: „die 40 Jahre sind vorbei, jetzt kommen wir und alles wird gut“. Dann allerdings sind die Menschen im Osten zur Kasse gebeten worden. Der Kapitalismus wird auf Kosten des Lebensstan-

dards der Bürger der ehemaligen DDR eingeführt, profitieren tun davon fast ausschließlich die Konzernbosse im Westen.

Die Mieterhöhung wird mit den immensen Kosten der Sanierung begründet. Diese sind notwendig, sicher, aber wenn der Berliner Senat dem Daimler-Benz Konzern ein riesiges Grundstück auf dem Potsdamer Platz für „n Appel und 'n Ei“ verkaufen kann, und wenn die Bundesregierung den Unternehmern Steuersenkungen von 31 Milliarden DM zugute kommen lassen kann, dann kann man die Instandsetzung der Wohnungen auch staatlich finanzieren.

Wovon sollen Arbeitslose, Rentner, Auszubildende, Alleinerziehende oder Normalverdienende mit Familie ihre Wohnungen finanzieren, wenn die Industrie im Osten plattgemacht wird, der Lohn nur 75 Prozent vom Westlohn beträgt und massenweise soziale Einrichtungen geschlossen werden?

Was wir brauchen – im Osten sowie im Westen – ist ein staatliches Wohnungsbau- und Sanierungsprogramm, das, demokratisch entwickelt, den Be-

dürfnissen der Menschen entspricht. Dafür sollte die SPD eintreten.

Allerdings scheint die SPD-Führung gar nicht daran zu denken, stattdessen haben die SPD-geführten Länder und Berlin ein Gegenkonzept zur Bundesregierung ausgearbeitet, das diesen Namen nicht verdient. Der einzige Vorteil dieses Entwurfs ist, daß die Mieten in zwei Schritten erhöht werden würden, am Ende sollen die Mieten dann aber noch höher sein.

Die SPD darf sich nicht mitschuldig an dem Anwachsen faschistischer Parteien machen, indem sie das soziale Fundament für die rechten Rattenfänger mitlegt. Wir fordern von der SPD eine klare Alternative zum Entwurf der CDU (siehe Kasten mit unseren Forderungen)!

Dirk Aschoff, Berlin
Jungsozialist



Der wilde Osten oder: Ein Lehrstück in sozialer Marktwirtschaft

Zwischen Wismar und Rostock liegt das 150-Seelen-Dörfchen Pässe. Vor einem Jahr hatte dort der Lübecker Finanz- und Immobilienmakler Christian Wählcke für schlappe 60.000 DM elf Hektar Land erworben. Abgesehen vom niedrigen Preis ist daran nichts weiter schlimm. Problematisch wird's erst, wenn sich auf diesem Grundstück ein Mehrzweckgebäude – mit Schwesternstation, Lebensmitteladen, der Post und der Gemeindeverwaltung – befindet.

Jetzt erreichte der seit einem Jahr schwelende Streit um die Nutzungsrechte einen vorläufigen Höhepunkt. Mit Polizeigewalt ließ der neue Eigentümer das Gebäude räumen. Damit war für die überwiegend alten Leute aus dem Dorf und Umgebung der einzige Laden weit und breit dicht. Ein Schlosser der Landwirtschafts-GmbH: „Ich arbeite den ganzen Tag und mein Vater ist 84; wo sollen wir jetzt einkau-

fen?“ Inzwischen ist dieses Problem gelöst. In einer von ohnmächtiger Wut getragenen Aktion schleppten, karrten und trugen alle greifbaren Dörfler die Waren aus dem Laden ins Kulturhaus, wo seit Freitag wieder verkauft wird.

Am Freitagmorgen – wieder unter Polizeischutz – brachte der gewiefte Makler eine Schranke an der Zufahrt zum Mehrzweckgebäude an. „Unbefugte betreten verboten“. Eine Frau aus dem Dorf, die dahinter ihre Garage hat, trifft dies nur noch halb, denn schon am Vortag nahm ihr der neue Herr von Pässe – trotz Nutzungsvertrag – die Schlüssel ab. „Warten Sie ab oder rufen Sie meinen Anwalt an“, gab er ihr ganz lässig zu verstehen.

Doch damit nicht genug: Ebenfalls auf diesem Grundstück befindet sich die Kläranlage. Wählcke droht jetzt, sie mit Beton dichtzumachen. Daß der Hochsitz des Försters inzwischen zu Brennholz verarbeitet wurde, fällt kaum noch ins Gewicht.

Jeder normal denkende Mensch faßt sich nur an den Kopf und fragt, warum

dieser Wüterich noch nicht in Haft ist, sondern im Gegenteil Polizeischutz erhält und vor Gericht auch noch Recht bekommt (die Bewohner haben schon zwei Prozesse verloren).

Die Antwort ist einfach. Eine Gesellschaft, die auf Privateigentum an Produktionsmitteln, Grund und Boden fußt, wo sogar das Privateigentum an Produktionsmitteln, Grund und Boden im Grundgesetz als Heiligtum verankert ist – in solch einer Gesellschaft sind derartige Abnormitäten völlig normal.

Aber der gute Mann ist ja gar nicht so böse, wie's auf den ersten Blick erscheinen mag. Immerhin bietet er der Gemeinde an, den einen Hektar mit Mehrzweckgebäude und Kläranlage doch zurückzukaufen. Die Summe: 640.000 DM oder 128 Hektar „Ausgleichsfläche“, falls die Gemeinde nicht so flüchtig ist. Bravo, Kapital gewinnbringend angelegt.

René Henze, Rostock
Juso-Unterbezirksvorsitzender

- Sofortiger Mietpreisstopp in Ost und West; billige Warmmieten, die nicht mehr als 20 Prozent des Nettoeinkommens verzehren dürfen.
- Keine Rückgabe der nach dem zweiten Weltkrieg in Ostdeutschland beschlagnahmten Immobilien an die ehemaligen Besitzer, staatliche Entschädigung nur bei erwiesener Bedürftigkeit.
- Beschlagnahmung aller aus spekulativen Gründen leerstehenden Wohnungen und Vermittlung an Wohnungssuchende.
- Den SPD-Maklerbeschuß von 1973 umsetzen: Maklerverbot und kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung
- Stopp der Umwandlung von Mietwohnungen in gewerbliche Räume oder Eigentumswohnungen.
- Verstaatlichung der großen Bauunternehmen, Banken, Versicherungen und Bausparkassen unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten und der Gewerkschaften.
- Billiger Wohnraum für alle durch ein massives staatliches Programm zum Bau von Sozialwohnungen. Demokratische Kontrolle über das Bauprogramm durch die Mieter und Gewerkschaften, damit umwelt- und menschengerechte Häuser gebaut werden.